

Sozialist.

**Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe besch. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.**
Publikations-Organ des Zentral-Verbandes der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franco 1 M.
Der Courier ist in die Postzeitungliste eingetragen.

Redaktion und Exped.: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950.
Geöffnet: 9-1 Uhr Vorm., 3-7 Uhr Nachm. Sonntags geschl.

Redaktionschluß
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Beschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 3.

Berlin, den 11. Februar 1906.

10. Jahrg.

zur Rechtsfähigkeitsfrage der Gewerkschaften.

Der Deutsche Reichstag wird sich demnächst mit der Frage zu beschäftigen, in welcher Form den Berufsvereinen allgemein die Rechtsfähigkeit verliehen werden soll.

Das Verlangen nach Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Arbeiter-Berufsvereine ist, wie unseren Lesern bekannt sein dürfte, keineswegs erst in neuerer Zeit hervorgetreten. Wenigstens diese Forderung auch nicht gerade zu denjenigen Postulaten gehört, die von der Arbeiter-Schaft in erster Linie in den Vordergrund gestellt werden und die vielleicht weniger mit derselben Enthusiasmus und Beharrlichkeit verfolgt wird, wie z. B. die Aufrechterhaltung und weitere Ausgestaltung des Koalitionsrechtes, so ist ihr doch oft genug von den parlamentarischen Vertretern der Arbeiter und den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern das Wort geredet worden, natürlich immer unter der Voraussetzung, daß dadurch ihren Berufsvereinen mehr Licht und Luft zur freien Entfaltung zugeführt und sie den Auerkennung und Schwierigkeiten, die ihnen von Seiten mancher Behörden gemacht werden, nicht mehr oder nicht mehr in demselben Maße ausgesetzt sein würden, als es bisher der Fall war. Schwierigkeiten, die für die Gewerkschaftsverbände darin bestehen, daß man z. B. ihre positiven Leistungen auf dem Gebiete des Unterstützungswesens als unter das Versicherungsgesetz fallend betrachtet. Zu diesem Zwecke sollten die Berufsorganisationen der Arbeiter die Eigenschaft einer „juristischen Person“ zu erwerben suchen, im Falle ein solches Gesetz ins Leben träte. Es ist übrigens für die Lage und die Verhältnisse in Beziehung auf die juristischen Vereinigungen der Arbeiter in Deutschland bezeichnend, daß man sich genötigt sieht, sich eines solchen Schutzes vor etwaigen bedrückenden Verletzungen erst noch zu verschern, was gewiß unnötig wäre, wenn für die Arbeiter eine loyale Anwendung des Koalitionsrechtes bestünde.

Auf die parlamentarische Tätigkeit und Bemühungen auf diesem Gebiete, denen sich die sozialdemokratischen Abgeordneten im Deutschen Reichstage im Interesse der Sache unterzogen, wobei sie auch die Unterstützung billigerer Volksvertreter fanden, ist es zuzugewinnen, daß die Reichsregierung die Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Arbeiter-Berufsvereine in Aussicht stellte. Das war auch alles, denn in solchen Dingen arbeiten Regierung und parlamentarische Interessengruppen nicht so schnell, als wenn es sich um die Einführung eines ihnen günstigen Gesetzes handelt; obgleich die Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Arbeiter-Berufsvereine, man mag ihre mutmaßliche Wirksamkeit so hoch oder so niedrig einschätzen wie man will, für Millionen Arbeiter ein Interesse hat, wogegen die Einführung des Koalitionsrechtes nur im allergeringsten Interesse gewisser, an Zahl zwar geringer, aber an Einfluß großer Kreise liegt.

Erst jetzt hat man sich an maßgebender Stelle also gemäßigt gefügt, eine der Rechtsfähigkeit der Arbeiter-Berufsvereine dienende Vorlage dem gesetzgebenden Körper zu unterbreiten. Aber es hieß vor einiger Zeit, daß die Verhandlungen darüber auf ein totes Geleis geraten seien, indem von einigen Regierungen ein stärkerer Widerspruch herbeigeführt sei, als man erwartet habe. Es klingt das durchaus nicht verwunderlich, wenn man berücksichtigt, daß, wie es weiter heißt, einflußreiche Stimmen in der preussischen Regierung in einer Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Arbeiter-Berufsvereine ein Haar gefunden haben wollen und darum der Sache nicht sympathisch gegenüberstünden. Natürlich die sozialdemokratischen Abteilungen haben Oberwasser bekommen, die, wenigstens angeblich, in der Anerkennung der Berufsvereinigungen — natürlich nicht ihrer, sondern der der Arbeiter — eine Gefährdung des Staatsinteresses erblicken und deshalb die Einbringung einer der Sache dienenden Vorlage zu verhindern suchten.

Daß diese Vermutung nicht unberechtigt ist, verrät auch die fromme „Kreuzzeitung“, indem sie in ihrer Weise die vor einiger Zeit in England sich wiederholende Verurteilung der Trades-Unions (Gewerkschaften) zum Schadenfall wegen Sanftmütigen, namentlich wegen Streiks ihrer Mitglieder, vom Gegenstande ihrer Betrachtungen macht und — natürlich von ihrem Standpunkt aus — die „schweren grundsätzlichen Bedenken“ betont, die eine Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Arbeiter-

Berufsvereine bei ihr hervorrufen. Diese Bedenken bestehen für die „Kreuzzeitung“ und die ihr nahestehenden Kreise darin, indem sie annehmen, daß die Rechtsfähigkeit „in erster Linie den sozialdemokratischen Gewerkschaften zu gute kommen und deren Propaganda stärken würden“. Es ist dies übrigens ein Beweis dafür, wie sehr die von der Regierung unternommene Maßnahme oder Unterlassung daraufhin untersucht und eingeschätzt wird, wie sie auf die Sozialdemokratie wirkt. So sehr dieses zwar ein Kompliment vor der Sozialdemokratie ist, so sehr ist es aber auch ein recht bequemer Weg, auf dem man dahin gelangen kann, jede dem Gemeinwohl oder dem Interesse der Arbeiter-Schaft dienende Institution von vornherein unmöglich zu machen.

Freilich, unter einer Bedingung bestünde bei den herrschenden Interessengruppen für die Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine der Arbeiter eine Möglichkeit, und die Lage darin, daß man ein solches Gesetz mit derartig reaktionären Reserven umgibt, daß es für die Arbeiter nicht nur völlig wertlos, sondern sogar geeignet wäre, ihre gewerkschaftlichen Erfolge für die Zukunft unmöglich zu machen, indem es hierzu unbegrenzte Möglichkeiten schafft.

Man ist auch offenbar genug, das heute schon zu verraten, indem man darauf hinweist, daß diese Organisationen nicht bloß mit den Rechten, sondern auch mit den Pflichten der juristischen Personen ausgestattet würden. Zu diesen Pflichten gehört naturgemäß die Ersatzpflicht für alle diejenigen Schäden, welche Mitglieder der betreffenden Gewerkschaften verursachen und zu denen sie durch die Gewerkschaften mittelbar oder unmittelbar angestiftet worden sind.

Das ist recht deutlich gesprochen, und zwar so deutlich, daß sich über die Absichten in jenen „Arbeiterfreundlichen“ Kreisen niemand täuschen lassen wird, der den Vorgängen gefolgt ist, die er kennen lassen, mit welchem „Wohlvollen“ in gewissen gesellschaftlichen Regionen die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland betrachtet wird.

Natürlich wird in dem mehrfach genannten Blatte außerdem auch noch ein Begriff von der Pflicht der „juristischen Person“ konstruiert, der ganz falsch ist. Vielleicht geschieht dies deshalb, um die Sache auf den ersten Blick als unverständlich erscheinen zu lassen. Die Gafbarkeit der juristischen Person erstreckt sich auf die Schäden, die durch diese als solche entstanden sind, z. B. auf bestimmte Gesellschaften usw., nicht aber auf solche, die durch einzelne ihrer Mitglieder verursacht worden sind. Wollte man eine Umformung dieses Begriffes in dem Sinne herbeiführen, wie es von der „Kreuzzeitung“ versucht wird, so führte das unweifelhaft zu einer Rechtsunsicherheit und zu einer Ausnahmestellung im Rechtsleben, unter der lediglich die deutschen Arbeiter zu leiden hätten.

Für eine Rechtsfähigkeit in dieser Ausgestaltung werden die Arbeiter bestenfalls danken. Sind die gewerkschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter ohne diese Rechtsfähigkeit zu Institutionen geworden, mit denen gerechnet werden muß, wie dies durch die Veranlassung der Ausprägungen in Bayern und Rheinland-Westfalen bezeugt worden ist, so können sie mit dieser Rechtsfähigkeit, die wohl nur durch Konzeptionen ihrerseits erlangt werden könnte, ihre bisherige Machtstellung und ihren Einfluß einbüßen.

Um schließlich in dieser Frage noch eine Stimme zu Worte kommen zu lassen, die nicht aus den Reihen der „sozialdemokratischen Gewerkschaften“ ertönt, bringen wir hier die Ausführungen, die vor einiger Zeit Professor Werner Sombart in einer Fachzeitschrift erlassen hat und die folgenbermaßen lauten:

„Man kann auf Grund dieser Erwägungen sich die Frage vorlegen: ob denn überhaupt die Vorteile, die den Arbeiterorganisationen aus der Rechtsfähigkeit erwachsen würden, vom Standpunkt der Arbeiter aus solcher Art sind, daß man jener „Reform“ irgend einen erheblichen Wert beimesen soll? Das ist es, ohne diese geht, sehr die Erfahrung. Gewiß: man würde den Geschäfts-betrieb in mancher Hinsicht erleichtern. Das wäre aber auch alles. Auf keinen Fall aber dürfte die Gewährung der Rechtsfähigkeit mit der geringsten Konzeption seitens der Arbeitervereine erlaubt werden: das wäre nicht wert. Und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß die Regierung solche Konzeptionen verlangt. Die Chikanen, denen die deutsche Gewerkschaftsbewegung von Seiten der Behörden ausgesetzt ist, sind heute schon so zahlreich, daß auf keinen Fall Gelegenheit geboten werden darf, sie zu

vermehren. Auch darauf müssen die deutschen Arbeiter ihr Augenmerk richten, daß durch den Erwerb der Rechtsfähigkeit nicht etwa ihre vermögensrechtliche Stellung den Unternehmern gegenüber (in Streitfällen) vergrößert wird. Sie sollen des alten Werbes eingebent sein: „Timeo Danaos et dona ferentes“ (ich fürchte die Danaer (Griechen), auch wenn sie Geschenke bringen); so lange die Verwaltung und die Gerichte eine so ausgesprochen feindselige Haltung der Arbeiterbewegung gegenüber einnehmen, wie es bei uns der Fall ist, muß jede gesetzliche Neuerung in erster Linie immer nur daraufhin geprüft werden, ob sie nicht etwa die Handhabe zum Chikanieren der Gewerkschaften vermehrt. Es mag daran erinnert werden, daß selbst die amerikanische Arbeiter-Schaft (deren Organisationen ebenfalls noch der Rechtsfähigkeit entbehren und die dabei doch die mächtigste der Welt ist) eben aus Angst vor beherrschender Drangsalierung in ihrer überwiegenden Mehrheit jetzt gegen die Gewährung der Rechtsfähigkeit ist.

Ich fasse mein Urteil in folgenden Sätzen zusammen: Die Anforderungen, die man an juristische Subjekte stellen muß, lassen es als geboten erscheinen, daß die Arbeiterorganisationen volle Rechtsfähigkeit erhalten. Gefahren für den Bestand des Deutschen Reiches sind mit einer solchen gesetzlichen Neuerung nicht verbunden. Die daraus den Arbeiterverbänden erwachsenden Vorteile sind so minimal, daß sie nicht die geringste Konzeption wert sind. Sozialpolitisch würde die Maßregel eine quantität-negligable Größe, die so unbedeutend ist, daß man sie nicht in Betracht zu ziehen braucht. Vor allem gilt es dagegen Einspruch zu erheben, daß damit irgend ein wesentlicher Fortschritt auf der Bahn der sozialen Reform erzielt würde, der nun etwa die Regierung mit dem Nimbus der Arbeiterfreundlichkeit zu umgeben geeignet wäre.

Dieses Urteil, das in seinen Ausführungen enthalten ist, trifft, wie die Verhältnisse in Deutschland nun einmal liegen, durchaus das Richtige. Deswegen werden die organisierten Arbeiter Deutschlands gewiß nachsichtig sein und es nicht dulden, sondern dagegen entschieden protestieren, wenn man durch Konzeptionen, wie sie in der „Kreuzzeitung“ genannt sind, der Verleihung der Rechtsfähigkeit eine reaktionäre Ausgestaltung geben wollte. Die Gewerkschaften sind heute schon so stark geworden, daß sie auch ohne juristische Rechtsfähigkeit ihre gesteckten Ziele erreichen können. Und schließlich entscheidet im Kampfe nicht die Rechtsfähigkeit, sondern die Macht.

Posener Straßenbahn-Idylle.

Wie die Direktion der Straßenbahn das kleine Hauslein, welches zu ihren Füßen lag, trümmern wollte, zeigen folgende wackelige Vorworte. Erstens: Der Kontrolleur Goebt bekam für 25 jährige Dienstzeit das allgemeine Ehrenzeichen. Zu diesem Feste wurden sämtliche freihabenden Angestellten durch Verfügung beordert, auch sollten diejenigen, welche im Dienst waren und zu der Zeit auf kurze Zeit abkommen konnten, der Sache beizuwohnen.

Bei der Krankenkassenwahl, wo es galt, von Rechten Gebrauch zu machen, wurden die Angestellten nicht so dringend eingeladen. Aber jetzt wurde im Bureau notiert, über etwa von den freihabenden Reuten nicht zugegen war. Die Sache verlief, wie solche Dinge gewöhnlich erledigt werden. Zu bemerken ist noch, daß den Angestellten allgemein die Anfrage des Polizeipräsidenten von Posen gefallen, der in schriftlichen Worten unparteiisch, aber zum Herzen der Leute gesprochen hat.

Wüste der Polizeipräsident, wie man dort mit den Reuten umgeht, er wurde vielfach doch anders gesprochen haben. Wie aber werden dafür sorgen, daß die ganzen Zustände, den maßgebenden Behörden und auch dem breiten Publikum bekannt werden.

Am Mittwoch darauf hatte die Direktion durch Verfügung sämtliche Angestellten zum Wurf im „Restaurant zum Lauder“ eingeladen. Die Biermarken mußten sich die Angestellten holen und wurde dann angestrichen, wer welche hat, wahrscheinlich, um zu konstatieren, wer diese Wokst verachtet hat. Es hatte da durchschnittlich jede Person 3-4 Glas Bier und 2 Zigarren erhalten, einzelne vielleicht noch mehr.

Wenn nun die Direktion glaubt, daß die Massenbewußten Angestellten für Bier und Zigarren ihr Massenbewußtsein verkaufen werden, so trit sie, die Leute wollen

sein Almosen, sondern nur das, was nach den jetzigen teuren Verhältnissen berechtigt ist, eine bessere Wohnung. Selbstverständlich ist auch ein Viertel billiger als ein Wohnaufbesserung, aber davon haben die Frauen und Kinder der Angestellten nichts, davon kommt kein Cent Brot mehr auf den Tisch, aber man macht sich einen guten Namen damit und vorentscheidend nach Willkür die ausbleibenden Gehaltszulagen.

Diese Mittel sind zu plump und offenkundig, als daß nicht jeder die Absicht merken sollte. Man will die Kollegen dem Verbands abspenstig machen, damit man es wieder mit ihnen machen kann, wie früher.

Nun, jeder weiß ja, was er zu tun hat, wir kaufen keinen durch Bier und Zigarren, aber die Kollegen wissen ganz genau, durch wen sie die Zulage 1904, sowie die Verringerung der Dienstzeit erreicht haben, wäre damals der Verband nicht für sie eingetreten, so würden heute noch die alten Zustände herrschen und mancher Führer noch mehr mit der Nase auf der Brennstuhl liegen.

Nachdem nun die Gemüter in angenehmer Stimmung waren, kam der seltene Akt der Verteilung von Abzeichen für ältere Führer und Schaffner, die aus einem Gegenstand von Gold oder Silber bestehen sollten und sichtbar zu tragen sind. Von dieser Auszeichnung sind natürlich auch lauter Gerechtigkeitskinder der Direktion nur deren Trennung betroffen worden.

Trotzdem auch andere, die ebenso lange und gut ihren Dienst versehen haben, anwesend waren, wie meinen nicht etwa Verbandskollegen, o nein, aber andere, die nicht Vorkontrollanten der Direktion waren, folgebesseren auch keine Belohnung zu erwarten hatten. Wenn wir nun einzelne dieser Prämiierten betrachten, so kann sich jeder Unbefangene ein Bild von der Gerechtigkeit der Direktion machen.

1. Ein Oberführer, der schon manchen ausgeleert haben soll, hatte vor ca. 8 Tagen eine schwere Narambologie, indem er die Weiche durchfahren hat, er beschuldigt einen anderen Straßenbahnwagen sehr stark. Nun besteht bei der Straßenbahn die Verfügung, daß der Betreffende so etwas sofort zu melden hat; die Kollegen haben aber nichts von einer Meldung bemerkt. Nun kam aber nicht etwa, wie gewöhnlich, wenn es ein anderer minder beliebter ist: „Der Führer so und so hat das und das getan und ihm passiert folgendes“ — sondern man schob sich über den Namen dieses Prämiierten aus und brachte eine Verfügung: Nach dem Vorkommnis vom dem Tage usw. ist das Folgende zu beachten resp. zu machen, um solche Narambologien zu vermeiden.

Warum diese Ausnahmen? Was einem recht ist, ist dem andern billig.

Es lagen auch noch andere Gründe zur Prämierung bei diesem Herrn vor; derselbe soll Willkürler sein und hat mal, wahrscheinlich, weil er aus Versehen Schnaps statt Wasser bekommen hat, auf der Straße nach dem Bahnhof im Wagen benedelt gelegen. Wahrscheinlich hat ein böser Kollege ihn den Schnaps in die Wasserflasche gegossen, um dem Vandalen Schaden beizufügen, denn unter den anderen Prämiierten befindet sich auch jemand, dem es unendliche Freude macht, wenn er jemand betrunken machen kann, da läßt er es sich schon was kosten.

Daß der erst Angeführte mal aus Liebe zur Abkürzung auf der Haltestelle bei Großer Anstalt und den Schaffner nach Schnaps schickte, ist nichts zur Sache.

Das einzige von den Prämiierten besondere Charaktereigenschaften haben, ist, während des Dienstes zu sagen: Wenn der Wagen voll, geht der Mund über und wieder ein anderer so lange raucht, bis er sinnlos nach Hause kommt, das sind Angelegenheiten, die einer Belohnung wert sind. Man muß aber auch gerecht sein und konstatieren, daß auch unter den Prämiierten Charakterfeste Leute sind, die, wenngleich nicht Verbandsmitglieder, sich doch nicht zum Schmarotzer herabgelassen haben.

Nun hat der Herr Direktor Fischer sich beklagt, daß die Zeltungen so viel Schmutzes von ihm schreiben, warum nimmt man die Uebeltäter nicht beim Kragen, wenn sie das nicht beheben können, was sie schreiben? Wenn die Leute nicht schlecht behandelt werden oder ihren Familien durch horrenden Strafen und brutale Abregulungen das Brot vom Tische gerissen wird, so wird auch niemand etwas über Mißstände schreiben. Und bei etwas gutem Willen wäre es dem Herrn Direktor wohl gelungen, eine kleine Zulage für die Angestellten herauszuholen. Mit Bier und Zigarren füllt man nicht die hungerigen Kindermäuler der Angestellten. Etwas mehr Entgegenkommen und man braucht die Leute nicht durch Bier an sich zu fesseln.

Zum Schluß fühlten die Getreuen der Direktion sich noch veranlaßt, den Direktor auf die Schultern zu heben und hochleben zu lassen.

Nun wollten wir die Fassung ausprechen, diese beiden Feststellungen müßten dazu führen, daß die Angestellten auch seitens der sogenannten Aufsichtsbeamten, Kontrollanten usw. besser behandelt werden.

In den „Vol. N. Nachrichten“ war zu lesen, daß die Angestellten zu Ehren des Kontrollanten Goebt das Viertel gegeben haben. Das stimmt wohl auch nicht, sondern es war die Direktion.

Ein Hinweis, wie man versucht, die entzogene Gehaltszulage zu rechtfertigen, bildet wieder ein Prozeß, den ein Schaffner, dem man 160 Mk. Gehaltszulage entzogen, gegen die Direktion angestrengt hat. Der Prozeß ist dieser Tage zum vierten Male verhandelt worden; was dabei herauskommt wird, dürfte interessant sein. Der Mann war ca. 6 Jahre bei der Straßenbahn, wenn er nun, wie in der Gegenfrist zur Klage bemerkt wird, gar so miserabel in seiner Färbung war, weshalb hat man ihn da nicht gelovimelt, wie den Kollegen Fradoniat, der sich gut gefärbt hat? Es sind dem Kläger eine ganze Unregelmäßigkeiten vorgeworfen worden, die derselbe in einzelnen Fällen als direkte Unwahrheit bezeichnet, 12 Zeugen werden dieses bezeugen, welche ebenfalls in nächsten Termin vernommen werden dürfen. Abgesehen von mehreren Fällen, wie Dienstverpöschung und solchen, wo Personen der Ausgabe von Fahrkarten übergeben worden waren, können einzelne sogenannte Verfehlungen gar nicht als solche aufgeführt werden; z. B.:

Am 26. 3. 03 unterließ er Feststellung eines Fuhrwerks, mit dem er fahrradolierte.

Grund: Das Fuhrwerk raste davon, daß es niemand hatte notieren können; der Schaden: Farbe in Größe eines 50 Pf.-Stückes abgetragen.

Am 2. 12. 03 blieb der Verbrecher eigenmächtig vom Dienst fort.

Grund: Seine Frau war erkrankt, was durch Vorlage eines ärztlichen Attestes bewiesen wurde.

Am 6. 12. 03 wurde in dieses Schaffners Wagen ein Beutel mit ca. 3 Mk. zurückgelassen, den er angeblich nicht gefunden haben will, bei gehöriger Befolgung seiner Vorschriften aber hätte finden müssen!

Hierauf dürfte Kläger nach Beendigung des schwebenden Prozesses Privatklage wegen Verleumdung erheben.

Am 2. 4. 04 kam Betreffender früh 3 Stunden zu spät.

Grund: Krankheit!

Am 24. 5. 04 erschien er nicht zum Appell.

Grund: Es war dieser betreffs Wohnbewegung, da angeblich die Wohnfrage schon durch den Gauleiter immer geregelt war, hielt Kläger es nicht für wichtig, zu erscheinen.

Am 29. 8. 04: Beschwerde des Speditors Tuch über großes Betragen.

Grund: Bezeichnete Kläger als nicht zureichend.

Am 18. 9. 04 prügelte sich Kläger des Nachts nach einer festgehaltenen Kneipe mit einem anderen Schaffner.

Grund: Soll nicht klammern, indem sich Gehalt und Vorkontrollanten haben, welche letztere dann im Bureau erzählt hat, er hätte mit einem Semmelkorb eins auf die Nase bekommen.

Am 19. 2. 05 gab Kläger einen Unfallsfahrchein aus, wahrscheinlich ein Fahrchein, den er früher in dem Wagen gefahrenen Galt hatte liegen lassen?

Darüber Privatklage folgen.

Am 19. 8. 05: Vorschriftsmäßige Kuppelung von Motor- und Beiwagen unterlassen.

Soll Schaffner Pantofelstiefel gewaschen sein.

Am 28. 7. 05 stand er an der Nachschicht in Wilda, wo damals der Betrieb unterbrochen war, mit anderen Angestellten umher, ohne die bereits herangefommene Fahrschicht zu beachten. Der Wagen war bereits mit Fahrgästen gefüllt und der Kontrolleur mußte den Kläger erst heraufrufen.

Bei dieser Affaire soll der Angestellte Sawakki angeblich eine Wadpfeife bekommen haben, die ihm aber der Führer Pfauum gegeben haben soll, nicht, wie behauptet wird, der Kläger, Kläger hat 2 Mk., Sawakki 3 Mk. Strafe zahlen müssen.

Für diese Vergehen behauptet Kläger ca. 8 Mark Strafe bezahlt zu haben und außerdem ist die ihm zustehende Zulage im Gesamtbetrag von 160 Mk. entzogen worden.

Für die Nichtigkeit der Angaben übernimmt der Kläger die volle Verantwortlichkeit.

Man sieht also, doppelte Bestrafung für ganz geringfügige Vergehen.

In einem ähnlichen Falle, Ströghaus, hat die Straßenbahn die entzogene Zulage zahlen müssen, hoffentlich kommt es auch in diesem Falle dazu.

Daher richten wir an die Kollegen Straßenbahnner die Ermahnung: laßt Euch nicht einschleichen, haltet fester denn je zum Verbands, denn statt der so dringend benötigten Zulage gibt man Euch Zigarren, Bier und leere Pfaffen! Müht Euch damit Eure Lage besser! Kein Euer Platz ist nicht zu führen der Direktion, sondern an der Stelle der lassenbelustigten Kollegen Organisiert Euch bis auf den letzten Mann, führt Euch nicht um die Detektorien, ein lassenbelustigter Arbeiter verlangt keine Detektorien, sondern gute Behandlung und zeitgemäßen Lohn. Den Arbeitgebern muß alles abgerungen werden, freiwillig geben sie nichts. Wer noch nicht im Verbands ist, hinein, damit wir an der Beseitigung der Mißstände arbeiten können.

Aus unserem Beruf.

Bierfahrer.

Böbinger L. Leipzig. Der Brauererbesitzer Berndt, Jnh. Herr Baumann in Böbinger, gehört dem Brauererbesitzer Leipzig als Mitglied an und hat als solcher auch den vereinbarten Lohnanteil mit anerkannt. Zwischen Anerkennung und Eingehaltung macht aber auch dieser Unternehmener einen großen Unterschied, indem wir wiederholt konstatieren konnten, daß die tariflichen Bestimmungen nicht eingehalten wurden und wir uns infolge dessen veranlaßt sahen, Beschwerde bei dem Brauererbesitzer Leipzig mit dem Ersuchen einzulegen, dafür zu sorgen, daß der vereinbarte Lohnanteil in allen seinen Teilen auch von der Brauerer Böbinger eingehalten werde.

Auf unsere Beschwerden wurde meistens nur ausweichend geantwortet, Tarifliche bestreiten und alles auf ungenügende Information zurückgeführt, so daß unsere Eingaben geändertes sowie Erfolg hatten, als wenn einem Ochs ins Ohr geblasen wird.

Nachdem wir abermals feststellen konnten, daß die tariflichen Vereinbarungen seitens der Firma umgangen waren, so blieb den Bierfahrern und Kellerarbeitern kein anderer Ausweg mehr offen, als die Arbeit zu verweigern, was auch geschah, indem die Kollegen 5 Tage vor dem „Feste der Liebe“ in den Streik traten.

Bei den dann stattgefundenen Verhandlungen zwischen Herrn Baumann und Vertretern unserer Organisation wurde vereinbart, daß den länger im Betrieb tätigen Arbeitern für geleistete Sonntagsarbeit eine Pauschalsumme gezahlt werde, über deren Höhe man sich noch nicht einigen konnte. Seitens unserer Verbandsvertreter wurde nun, um die Angelegenheit aus der Welt zu schaffen, der Vorschlag gemacht, daß den seit Wochen des Tarifs im Betrieb tätigen Arbeitern eine Pauschalsumme von 26 Mk. gewährt werde, hingegen den später Eingetretenen der volle Betrag. Ueber letzteres wurde eine Einigung erzielt; hingegen hat sich der Unternehmer zu erlichem Vorschlag eine Bedenkzeit von 14 Tagen aus, um die Sache berechnen zu können, dabei tat er noch

ganz entrüstet, als wir ihm entgegenstellten, daß bei Nichtfestlegung der Summe er schließlich auch nur 50 Pf. als Pauschale zahlen könnte. Da nun nach Ablauf dieser Frist uns immerhin weitere Wege offen standen, so erklärten wir unser Einverständnis.

Bei den weiteren Differenzpunkten, wie Arbeitszeit, Aufenthaltsraum, Anschaffung von Schränken und Auslösung, kam eine Einigung in der Weise zustande, daß die tägliche Arbeitszeit nicht mehr um 5, sondern um 1/6 Uhr morgens beginnt und um 6 Uhr abends beendet wird. Arbeit darüber hinaus wird als Ueberstunden bezahlt. Der für Arbeiter bestimmte Aufenthaltsraum wird mit einem Ofen versehen, desgl. sollen Schränke zum Ausbeladen der Essenssachen aufgestellt werden. Für das Nachfragen bei der Kundschafft nach Bestellung wird den Fahrern eine entsprechende Entschädigung gewährt. Die Sonntagsarbeit wird in Zukunft abwechselnd ausgeführt und nach den Sätzen des Tarifs entlohnt, auch werden Ferien nicht mehr vorenthalten.

Mit diesem Zugeständnis erklärten sich die Kollegen einverstanden und nahmen nach 3 stündigem Ausstand die Arbeit wieder auf.

Wie wurden aber die Kollegen enttäuscht, als ihnen beim ersten Lohntag anstatt der erhofften 26 Mk. nur 5 und den jüngeren Kollegen 3 Mk. Extrazuschuß gewährt wurde.

So hatten die Kollegen denn doch nicht gewettet und Einkünfte herrschte darüber, den Kampf von neuem aufzunehmen. Nachdem wir uns dann nochmals mit dem Brauererbesitzer Leipzig in Verbindung gesetzt hatten, erhielten wir am 25. Januar die Nachricht, daß die Firma die Entschädigung in der von uns gewünschten Weise zahlen werde, auch die übrigen Differenzpunkte sollten, soweit nicht von Abhilfe geschaffen sei, sofortige Erledigung finden.

Somit hat auch diese Bewegung mit einem Erfolg für die Kollegen geendet und dürfte es allerdings zu den Seltenheiten gehören, daß 5 Tage vor Weihnacht der Fahrer und Kellerarbeiter in einen Lohnkampf eintreten. Der Erfolg war aber nur möglich durch die Einigkeit der Kollegenchaft.

Zweites L. Leipzig. Eine interessante Personalversammlung der Brauerer Zwenkau fand am Sonntag, den 28. Januar, statt. Die Versammelten beschäftigten sich zunächst mit der, ohne Befragung des Vortragsausschusses, seitens der Betriebsleitung zur Einführung gebrachten Kontrollkarte. Durch Sammlung von Unterschriften war festgestellt worden, daß 95 pCt. der im Betrieb tätigen Arbeiter sich mit der Einführung dieser „Kundemarle“ nicht einverstanden erklären konnten und die Anschaffung derselben fordernden. Eine Kommission, welche wegen dieser Angelegenheit bei der Direktion bereits vorstellig geworden war, hatte die Anschaffung der „Kundemarle“ nicht erreicht; vielmehr hatte sich dieselbe von der Direktion gründlich einfeilen lassen. Als Gründe zur Einführung dieser Karte diente der Betriebsleitung das eine, indem sie der Kommission gegenüber erklärte, es sei in der Brauerer soviel geschlossen worden und dieses sei die Veranlassung, daß solche Maßnahmen durchgeführt würden. Wer und wo aber geschlossen worden war, hatte die Direktion vergessen anzugeben. Weil aber die Kommission durchblicken ließ, sich mit der Sache einverstanden zu erklären, deshalb wurde an ihrer Tätigkeit nicht nur eine scharfe Kritik geübt, sondern auch das entgegengebrachte Vertrauen in ein recht fragwürdiges Licht gestellt. Ganz besonders wurde beurteilt, daß nur ein Teil des Personals die „Kundemarle“ mit herumtragen muß, während der andere Teil davon verschont bleibt, doch ist hierbei nicht ausgeschlossen, daß gerade die letzteren von der Betriebsleitung schließlich dazu bestimmt sind, in Zukunft mit einem Ring durch die Nase herumzuführen.

Wegen dieser Sache waren als Referenten nicht nur der Gauleiter des Brauererarbeiterverbandes erschienen, sondern auch noch 3 Mann vom Agitationskomitee. Unter letzteren befand sich einer, der vor wenigen Wochen erst dem Brauererarbeiterverband beigetreten ist und dem wir wegen seiner Unfähigkeit niemals einen Posten in unserem Verband hätten übertragen können, der sich schließlich aber sehr gut dazu eignete, daß ihm die Zwenkauer Kollegen die „Kundemarle“ auf den hinteren Teil der Hosen heften, um damit den „Varenführer“ abzugeben.

Der zweite Tagesordnungspunkt betraf die Entlassung unseres Kollegen Frauenborn in der Niederlage Wildis. Die Kollegen Bierfahrer hatten im Beisein des Arbeiterausschusses sich in einer Betriebsbesprechung mit dieser Angelegenheit befaßt, konnten die Gründe der Entlassung aber nicht als stichhaltig anerkennen und verlangten dessen Wiedereinstellung. Der Arbeiterausschuß erklärte sich nicht für kompetent, in dieser Sache einzugreifen, weshalb von unserer Verbandsleitung die nötigen Schritte unternommen wurden. In der Versammlung erstellte der Schriftführer unserer Leipziger Verbandsstelle Bericht, aus dessen Ausführungen hervorging, daß durch energisches Eingreifen der Organisation die Brauererleitung beschaffen hat, Frauenborn in Zukunft in der Brauerer Zwenkau weiter zu beschäftigen.

Eine scharfe Kritik übte Redner an der Handlungsweise des Bierverlegers Carl Schulte in Wildis, welcher zur Versammlung eingeladen und auch erschienen war und der deshalb den Kollegen 5 Pf. entlassen hat, weil er, von dem § 152 der Gewerbeordnung Gebrauch machte. Die scharfe Verurteilung erfuhr noch das ausgestellte Zeugnis. Mit Recht wurde betont, daß dieses Dokument verdient, im Museum aufbewahrt zu werden.

Nach Verlesung der verschiedenen Schriftstücke wurde in die Diskussion eingetreten, die sich insofern auch recht interessant gestaltete, indem Herr Schulte wiederholt das Wort nahm und recht konfuse Ansichten entwickelte. Besonders betonte er, daß 20 Mk. Wochenlohn bei bestimmter Arbeitszeit für einen Bierfahrer genügend sei, außerdem habe er, seine Leute ausgebeutet, und das ließe er sich nicht gefallen.

Die verschiedenen Diskussionsreder beurteilten die scharfmarkehafte Art des Herrn Schulte; besonders war es der Genosse Sonntag, der eine Kaltwasserabrechnung an den Herrn Sch. vornahm, und der Kollege Bär, welcher

den Herrn daran erinnerte, daß er selber auch nichts weiter als Mitarbeiter gewesen sei und häufig des Sonntags genau so auf die paar Pfennige Lohn gelauert habe, wie der Teufel auf die arme Seele.

Nachdem der Verleumdungsfall sich nochmals Herrn Schulze vornahm und ihm klar machte, was eine gewerkschaftliche Organisation zu bedeuten hat und welche Aufgaben die Mitglieder derselben zu erfüllen haben, da benahm sich Herr Schulze so, als habe er sich in die Brenne gesetzt, und wollten wir dem Herrn nur raten, in Zukunft etwas anders mit seinen Untergebenen zu verfahren, sonst könnte die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sein, daß die Direktion auf seine „herausragende“ Arbeitskraft denn doch Verzicht leistet.

Handelsarbeiter.

Berlin. Abzahlungskassierer. Die Kollegen waren am Donnerstag, den 18. Januar, versammelt, um zu dem von den Münchener Kollegen aufgestellten Tarif Stellung zu nehmen. Da die Lohnverhältnisse in Berlin fast in jedem Geschäft verschiedenartig sind, so ist es an der Zeit, auch hier mal geregelte Verhältnisse zu schaffen. Zu diesem Zweck werden in nächsten Zeit Fragebogen ausgegeben werden, und auf Grund derselben soll der Tarif für Berlin geschaffen werden. Wenn die Kollegen für die nächste Saison in eine Wohnbevölkerung einzutreten wollen, so ist es Sache der Vertrauensleute, diese Fragebogen sobald als möglich zurückzusenden.

Der zweite Punkt der Tagesordnung, welcher die Zustände bei der Firma S. Kalisch, Baby-Bazar, Brunnenstraße 16, betraf, fand seine Erledigung durch die Erklärung, daß die Kündigung von jenen des Chefs zurückgenommen wurde. Trotzdem muß diese Firma, welche sich durch überaus traurige Bezahlung ihrer Angestellten auszeichnet, mal kritisiert werden. Ein günstiger Wind wehte uns den nachfolgenden Vertrag auf den Verhandlungstisch:

„Ich bestätige, von Ihnen als Einkassierer und Verkäufer gegen ein wöchentliches Gehalt von 12 Mk. und 2 pSt. Inanspruchnahme ausschließliche gegen tägliche Kündigung engagiert zu sein.

Für Verkäufe, welche ich für Sie abschließe, erhalte ich 10 pSt. Provision auf Nähmaschinen, 5 pSt. auf alle anderen Waren, wovon ein Fünftel der Provision im Geschäft verbleibt. Bei Retouren habe ich sofort die Provision zurückzugewähren.“

Folgt Unterschrift.

Ein allgemeines „Fuhi“ war die Antwort, als die Versammlung von diesem Vertrage Kenntnis genommen hatte. Jetzt wurden die Kollegen neugierig und fragten an, was denn eigentlich bei der Firma vorgefallen sei, über eine derartige Firma solle man nicht länger schweigen.

Kollege Ludowig erklärte folgendes: Ein bei dieser Firma beschäftigter Kollege wollte den Neujahrstag im Kreise seiner Angehörigen verbringen und ließ seine für diesen Tag bestimmte Tour ruhig im Geschäft liegen. Als der Kollege am Sylvesterabend (Sonntag, den 31. Dezember) total erkrankt von seiner Tour nach Hause kam, fand er folgende Karte vor:

„Hierdurch ersuche ich Sie, sich Ihre Tour zu Sonntag (Neujahrstag) am Sonntag, den 31. 12. 05, bis nachmittags 4 Uhr hier, Brunnenstr. 16, abzuholen, da unbedingte Kassei soll sofort werden muß.“

Abhaltungsvoll

S. Kalisch.

(Eigenhändig unterschrieben.)

Der Kollege machte sich nun schleunigst auf den Weg, um seine Tour zu holen und geriet bei dieser Gelegenheit mit dem Chef in Konflikt, und die Folge war die Kündigung. Nachdem nun eine Ausrede mit sämtlichen Kollegen der Firma hatte gefunden, wurde dem Geschäftsinhaber anheim gegeben, nochmals vorstellig zu werden, um die Kündigung zurückzunehmen. Erst war der Chef dafür nicht zu haben, nachdem aber der Kollege erklärte, daß er sich nunmehr an seine Organisation wenden müsse, wurde der Herr gefügig und nahm die Kündigung zurück. Bemerkte muß noch werden, daß auch an diesem Tage fast das ganze kaufmännische Personal arbeiten mußte. Auf die Abzahlungsgeschäfte sollten die Herren von der Polizei für immerhin mal etwas schärfer richten, denn hier wird jeden Sonntag gegen das Gesetz geschlagen.

Nach einer regen Diskussion und Aufnahme einiger Kollegen wurde die Versammlung geschlossen.

Sofortlich seien die noch fernstehenden Kollegen nun bald ein, daß nur durch die Organisation etwas geschaffen werden kann, darum hinein in den Verband.

Berlin. Nähmaschinenkassierer. Zum Freitag, den 19. Januar, war eine Versammlung für die Kollegen einberufen mit der Tagesordnung: „Wollen die Nähmaschinenkassierer langsam verdingern?“

In Anbetracht dieses wichtigen Themas hatte man erwartet, daß sämtliche Kollegen der Branche erschienen würden. Von den 250 Beschäftigten waren noch nicht die Hälfte erschienen.

Nachdem der Referent die überaus traurige Lage der Kollegen in einem einleitenden Vortrage geschildert und an die Versammlung appelliert, sich der Organisation anzuschließen, entspann sich eine äußerst reichhaltige Diskussion.

Kollege Ludowig nahm sich eine Firma nach der anderen vor und die tollsten Sachen kamen zum Vorschein. Von der Millionenfirma Singer u. Co., bei welcher über 100 Kassierer angestellt sind, wurde folgendes berichtet: Am Lohn gabst diese noble Altteufelschaffsage und schreibe 12 Mk. und eine Provision von 3 pSt. Durchschnittlicher Wochenverdienst 20–24 Mk. Außerdem erhält der Kassierer von jeder verkauften Maschine eine Provision von 10 pSt., wovon 2 pSt. zur Deduktion von Ausfällen nicht ausgeschüttet werden. Diese im Geschäft verbleibenden 2 pSt. sind für den Kassierer meistens verloren, denn sobald ein Geschäft retourgeht, muß er die ganze Provision zurückzahlen. Wie schmerzhaft für einen Kassierer ist, eine Maschine zu verkaufen, davon in einem späteren Artikel. Außerdem bestehen bei der Firma Ver-

stimmungen, welche der Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden dürfen:

1. Einer modernen Organisation sollen aber dürfen sich die Kollegen nicht anschließen.
2. Innerhalb eines Jahres nach Austritt aus dem Geschäft darf der betr. Kollege bei keiner Konkurrenzfirma eintreten, nur er es trotzdem, so geht er seiner Restprovision verlustig.
3. Wer pro Jahr unter 20 Maschinen verkauft, wird ohne weiteres gekündigt und entlassen.

Aus diesem Grunde wurden zu Neujahr 20 Kollegen gekündigt, davon sind 11 endgültig entlassen worden, den übrigen 9 wurde das Gnadenbrot noch mal gewährt. Aber auch einen sogenannten Muderereien gibt es bei dieser Firma, 50 Kollegen gehören demselben an und diese 50 belamen anstatt einer so notwendigen Lohnzulage gelegentlich eines Festes bei Sose ein sogenanntes herrliches Banner von der Firma zum Geschenk und waren gerührt ob des Gells, welches ihnen in der Fabrik, zumal, als sie hinter dem Banner zur Späterbildung einberufen wurden. Sofortlich überzogen die Kollegen der Firma Singer u. Co. die Worte, welche sie zu hören bekamen.

Weshalb liegen die Verhältnisse bei der Firma A. Vittaier. Hier sind 52 Kollegen beschäftigt, welche pro Woche 15 Mk. und 2 pSt. erhalten. Hier kommt es vor, daß die Kassierer mit 19–20 Mk. pro Woche nach Hause gehen. Hierin sollen nun Frau und Kinder ernährt werden und auch der Staat verlangt seinen Tribut. Als die Kollegen vor einiger Zeit wegen Erhöhung des Lohnes von 15 auf 18 Mk. vorstellig wurden, hat man sie von Woche zu Woche vertrieben, bis alles im Sande verlief. Vor kurzem nun feierte der Chef seinen 60. Geburtstag und siehe da, ein ganzer Teil der Kollegen brachte demselben mit Pausen und Extempelen ein Ständchen; als Lohn dafür bekamen die Beteiligten pro Mann 1 Mk. Bei dieser Firma muß auch Sonntags kassiert werden, wegen der Sonntagskassiererei wurde die Firma vor einiger Zeit benannt, 30 Mark Geldstrafe war die Folge, aber Lehren hat der Herr Vittaier hieraus nicht gezogen, es wird Sonntags ruhig weiter kassiert, wir werden aber dafür sorgen, daß der zweite Dementelle etwas besser ausfällt.

Nun beleuchtete Redner die Firma des königlichen Hoflieferanten S. Kalisch. Auch dieser Herr respektiert die Gesetze nicht. Sonntags muß kassiert werden. Dem Herrn werden wir auch erst beibringen müssen, daß die Gesetze auch für einen königlichen Hoflieferanten geschaffen sind. Die Kollegen erhalten hier an Lohn pro Woche 15 Mk. und 5 pSt. vom Inoffiz.

Bei den Firmen Sahn, Vittaier, Kring (Erster und Hoffmann) sind die Verhältnisse genau so traurig, teilweise sogar schlimmer.

Als beste Firma gilt für Berlin das Nähmaschinenhaus von Leme, Leipzigerstraße. Hier haben die Kollegen einen festen Lohn von 24 Mk. Dies soll nun aber etwa eine Schmeichelei für die Firma sein, denn jeder Kassierer muß heute einen festen Lohn von 30 Mk. haben. Berechnet man, er liegt den ganzen Tag bei Wind und Wetter auf der Straße, dann muß er stets unabhängig gekleidet gehen usw., so wird man zu dem Resultat kommen, daß man mit 24 Mk. auch keine Kassei erlernen kann.

Alle weiteren Diskussionsredner bestätigten das vorgetragene. Bezeichnend war der Ausdruck eines Kollegen, es geht den Kollegen noch zu gut, sonst würden diese traurigen Verhältnisse schon längst beseitigt sein.

Nachdem einige Kollegen aufgenommen, erwähnten die Kollegen Bernhardt und Ludowig die Anwesenden nochmals, treu und fest zur Organisation zu halten und für den weiteren Ausbau derselben zu sorgen.

Kollegen Nähmaschinenkassierer! Schließt Euch Mann für Mann dem Verbande an, so wird auch für Euch die Zeit bald vorüber sein, wo man Euch mit 20 Mk. pro Woche nach Hause schickt. Alle für einen und einer für alle, das sei unsere Losung.

Berlin. Automatenkassierer. Die Kollegen waren am 17. Januar versammelt. Es galt die Verhältnisse bei den drei in Betracht kommenden Firmen festzustellen. Zeitweise haben die Kollegen unter einer sehr langen Dienst und endet meistens erst um 12 Uhr nachts. An Sonn- und Festtagen wird es auch 2 bis 3 Uhr, ehe der Kollege nach Hause kommt. Wenn die Tagesarbeit, das Füllen und Kontrollieren der Automaten, erledigt ist, dann müssen die Kollegen in den verschiedensten Lokalen der Stadt noch Postkarten verkaufen, insbesondere trifft dies bei der Firma Hartwig u. Vogel zu. Von den Kollegen der Altteufelschaffs für automatische Verkauf wurde festgestellt, daß sie die Löhne noch bezahlen müssen, während andere Firmen dieselben den Angestellten gratis liefern; wir hoffen aber, daß die Direktion auch diesen Wunsch ihrer Angestellten noch erfüllen wird. Die Kollegen bei Gebr. S. Stallwert haben sehr unter den Namen des Geschäftsführers zu leiden, wir werden demselben nachhaken das Buch Antiges Umgang mit Menschen zum Geschenk machen, hoffentlich wird es dann besser. Bei diesem Kassierer, Hoflieferanten wurde dem seit 13 Jahren dort tätigen Kassierer die Stellung gekündigt. Als der Kollege dann nachfragte, aus welchem Grunde er denn eigentlich gehen müsse, wurde ihm ganz kurz erklärt: Wir brauchen längere Kräfte, Sie können aber im Lager für uns weiter arbeiten, wenn Sie wollen.“ Hierfür bedankte sich aber der Kollege. Auch einen seit ca. 20 Jahren bei der Firma tätigen Kollegen möchte man gern los sein, man weiß aber in diesem Falle nicht recht, wie man es anstellen soll, denn diesem Kollegen fiel vor Jahren mal ein schwerer Schokoladenautomat auf den Körper; an den Folgen dieses Unfalls hat der Kollege heute noch zu leiden. Dieser Unfall soll nicht gemeldet sein. Man fürchtet sich offenbar, denn diese Sache könnte der Firma doch noch an den Geldbeutel gehen und dieses ist doch nun mal die empfindlichste Stelle beim Kapitalisten. Als Ersatz für den Sonntag wird den Angestellten der Branche ein freier Wochen-

tag gewährt. Auch hier ist es Ehrensache der Kollegen, fest zur Organisation zu halten, damit die Löhne, welche zurzeit 20–25 Mk. betragen, mit Hilfe des Verbandes noch eine Aufbesserung erfahren, denn auch die Branche hat einen Anspruch auf 30 Mk. festen Wochenlohn.

Berlin. Fahrstuhlführer-Schule. Der zu Ostern 1906 stattfindende Handelsarbeiter-Kongress hat einen sehr wichtigen Punkt zur Verhandlung, welchen die Handelsarbeiter ganz besonders beachten mögen, die Unfallversicherung der Handelsarbeiter steht auf der Tagesordnung. Das Material wird ein sehr reichhaltiges werden und ganz besonders sind die Kollegen Fahrstuhlführer interessiert. Vor kurzem wehte uns der Wind nachfolgendes Schriftstück auf den Verhandlungstisch. Ein durch Kundenschaft mit Verzierungen und sonstigen Schmuckteilen ausgeführtes Prüfungszeugnis liegt vor uns, welches wir unseren Kollegen nicht vorenthalten wollen:

Fahrstuhlführer-Schule

Julius Bräuner,

Wertmeister

Berlin, Wilhelmstr. 22.

Prüfungszeugnis

für den

Fahrstuhlführer u. Helfer W. M.

Der Vorgenannte hat die Schule mit besonderem Eifer und regen Fleiß besucht und sich alle Kenntnisse und Fertigkeiten eines tüchtigen Fahrstuhlführers und Helfers hierbei angeeignet. Leistungen: Schriftliche Arbeiten: gut, Aufzugslehre: gut, Praktischer Dienst: gut.

Die strenge Pflückerfüllung und ehrenhafte Gesinnung des Herrn W., verbunden mit Fleiß und Verschleißigkeit und Sachkenntnis, veranlaßt mich, denselben jedem Arbeitgeber zu obigen Posten, warm zu empfehlen. Jul. Bräuner, Wertmeister.

Berlin, Dezember 1905.

Die Lehrmethode des Unterfertigten ist im Auftrag des Königl. Polizei-Präsidium vom Königl. Gewerbeamt, Abt. für Fahrstuhlanlagen, geprüft, genehmigt und lobend anerkannt.

(Siegel)

Jul. Bräuner.

Der „Glückliche“, welcher nun im Besitze eines vorzüglichen Zeugnisses ist, ist bei dieser Gelegenheit 30 Mk. losgeritten. Die Gehalt beträgt 2–3 Wochen und scheint so eine „Fahrer-Schule“ eine „gute“ Einnahmequelle für deren „Besitzer“ zu sein. Doch wo hat der Herr seine „Verpflichtung“? Wo wird der praktische Dienst, welcher mit „gut“ im Zeugnis bescheinigt wird, ausgeführt? — In einer derartigen „Schule“ kann doch nur von einer „It und n w e i s e n“ Ausbildung an einigen Tagen reden. Abenden in den 2–3 Wochen die Rede sein, wo man an einer zuverlässigen, tüchtigen Ausbildung Zweifel hegen kann.

Aber welche Gefahr besteht für einen solchen Schüler, welcher sich nebenbei ausbilden läßt? Wer trägt die Verantwortung, wer entschädigt diese „lernenden Personen“ wenn dieselben unglücklicherweise einen Unfall erleiden, der körperlichen Schaden in sich birgt? Gerade der Nachschuß im Prüfungszeugnis: Die Lehrmethode usw. wäre seitens der aufstrebenden Besondere anerkannt und genehmigt, ist nicht klar. Unseres Wissens untersteht jeder Fahrstuhlführer der Prüfung eines, seitens des Polizei-Präsidiums beauftragten Bau-Rates, nur unter dessen beaufsichtigter Prüfung wird eine Bescheinigung ausgestellt, sobald derselbe eine Prüfungspflichtiger Angestellter eines Betriebunternehmens, Geschäftshauses oder Firmeninhabers ist.

Der Errichtung dieser Schulen muß seitens der aufstrebenden Organe mehr Beachtung geschenkt werden, in welcher Form dieselben überhaupt praktizieren oder wir müssen aus ganz bestimmten Gründen fordern, daß dieselben die Genehmigung zu verfahren ist, da Leben und Gesundheit dieser „lernenden Personen“ in Frage steht.

Kiel. Zu einer Arbeitseinstellung kam es am Sonntag, den 28. Januar 06, abends, ganz plötzlich und unerwartet in der Bäderlei von Lammers in der Nebeinstr. Am Sonntagmorgen erhielten 3 Bäder und 2 Kutscher ihre sofortige Entlassung bezw. Kündigung, trotzdem Herr Lammers einen Grund zu dieser Maßnahme weder angeben konnte noch wollte. In einer am Sonntagmorgen abgehaltenen Betriebsarbeiterversammlung, an welcher die Vorstände des Bäder- und Transportarbeiterverbandes teilnahmen, wurde festgestellt, daß ein Verschulden seitens der betreffenden Arbeiter nicht vorlag und daß die Maßregel anscheinend nur den Zweck hatte, der Organisation eins auszuwichen. Bemerkenswert ist, daß die Gemäßigten sämtlich längere Zeit, und zwar bis zu 5 Jahren, bei Lammers beschäftigt waren und einigen erst vor ganz kurzer Zeit das schöne Zeugnis bezw. Lob spendet worden war. Die Annahme der Beteiligten, daß nur die Zugehörigkeit zur Organisation die eigentliche Ursache dieser Entlassungen bildet, erlies sich als völlig zutreffend bei der am Sonntagabend erfolgten Verhandlung, bei welcher Herr Lammers rühmlich erklärte: Gätten die Entlassenen einzeln um ihre Wiedereinstellung nachgesucht, so hätte er den einen und den anderen aus persönlichem Gefallen (sic) wieder angenommen. Nachdem sich die Leute aber an die Verbände gewandt hätten, könne von Wiedereinstellung keine Rede sein! Nachdem die Sitzungsteilnehmer von diesem Standpunkt des Herrn „Kaufmann und Bäderleiinhabers“ Leo Lammers Kenntnis genommen, erklärten sich sämtliche Beschäftigte, mit Ausnahme von 2 Unorganisierten, mit den Entlassenen solidarisch und stellten die Arbeit ein. Sogar der beteiligten Verbände wird es sein, die nötigen Maßnahmen zu treffen.

Die Situation ist noch unüberdacht. Die Geschäftsinhaber lehnen jede Verhandlung ab und die Ausständigen beharren ebenfalls auf ihrer Forderung. Von den Streikenden hat es ein Hausbesitzer und Angehöriger des „Evangelischen Junglingsvereins“, Namens Thorwald, Andersen, Sophienstr. 7, mit seinem christlichen Standpunkte vereinbaren können, sich dem Kapitalisten als Arbeitsvollzieher zu stellen. Allerdings hat Herr Lammers dem Wanne die Sache schmachhaft gemacht, indem er diesem „nützlichen Element“ jetzt 23 Mk. Wochenlohn zahlt und ihm außerdem noch hundert Mark Gratifikation verspricht. Mit letzterem Nachteil scheint diese Firma besonders gern zu operieren, wurden doch einem anderen der aus-

Händigen Kutscher erst 100, dann 200 und schließlich gar 300 M. Gratifikation geboten, wenn er sich nur als Streikbrecher gebrauchen lasse. Dem Kollegen war seine Ehre mehr wert als 300 Silberlinge. Ferner schenkt sich der Herr Jasper Marrens, Lornstraße 25, ebenfalls nicht, als Arbeitswilliger die Tätigkeit eines Hausdieners zu verrichten, auch ein Sohn des Spielwirts D. Bod. Minsler, 28, gibt sich zum Arbeitswilligen her. Zur Charakterisierung der Ansprüche, die an die Hausdiener gestellt werden, dient folgendes Wort des Herrn Kammerers zu einem Hausdiener, der über ein etwas tiefes Organ verfügt: „Wenn Sie mir eine Bestellung machen, so müssen Sie recht freundlich sein und nicht in solch rollendem Tone sprechen!“ Einem andern Hausdiener, der am Sonntagmorgen 1/2 Stunde zu spät kam (anstatt um 4 1/2 Uhr um 4 1/4 Uhr), wollte Herr Kammerer: „Markt Straße abziehen und als dieser sich solches nicht gefallen lassen wollte, war er ein frecher Holzknecht, trotzdem er acht Tage vorher als der schlaueste und nützlichste Arbeiter gelobt worden war. Ein Vater, der bereits fünf Jahre seine Pflicht und Schuldigkeit zur vollen Zufriedenheit des Chefs getan, wird entlassen, weil er der stärkste Gegner des Herrn Kammerers ist!“ Der Verdienst der Kutscher schwankt zwischen 21 und 23 M. bei einer täglichen ununterbrochenen Arbeitszeit von 4 Uhr früh bis 7 Uhr abends und noch länger. Häufig genug hat dann noch ein geplanter Mensch nicht einmal die Zeit, etwas Warmes zu genießen. Nebenfalls sind diese Angaben bezeichnend für den Verfall des Herrn Kammerers.

Anschließend will die Firma lieber den Auf einer Scharfmacherin ersten Ranges einstimmen, als ihren Beschäftigten das Recht auf Koalitionsfreiheit zugehen. Seitens der ausländischen angeblichen Einigungsverbände wurden abgelehnt, da die Firma die „lieben Herausgeber“ nicht wieder entlassen will. Weiterhin ist zu erwähnen, daß der eine der Geschäftsinhaber, der „geübte“ Herr Leopold Kammerer anschließend dem Staatsanwalt Arbeit verschaffen will, da dieser „Herr“ es sich nicht versagen konnte, am Donnerstagmorgen einem der patrouillierenden Streikposten höchstgenähig und völlig unmoviert eine Kracht Prügel verabsolgen — zu wollen. Der „Herr“ kam dabei leider aber an den Unrechthel. Wird nun von den berufenen Instanzen eine Staatsaktion, die sich diesmal entgegen allem herkömmlichen Brauch des überfälligen Streikenden annehmen müßte, eingeleitet, um dem Terrorismus der betroffenen Firma einen Dämpfer aufzusetzen? Hier wird aber wahrheitsgemäß wieder das Wort: „Wenn wird daselbst tun, so ist es nicht daselbst!“ voll zur Geltung kommen. Unter den arbeitswilligen Kutschern befindet sich ein früherer Straßenbahner, der durch die „Braunschweiger sechs kahlen Deutschen“ ebenfalls brotlos wurde und nunmehr die gleiche Handlungsweise für seine eigene Person als anständig betrachtet. Der Mut der Streikenden ist ungebrochen, da sie wissen, daß sie für eine gerechte Sache kämpfen und außerdem bei der Solidarität der Firma Kammerers beachtenswerte Unterstützung finden.

München. Das Personal der Kohlenfirma Gustav Schneider beschäftigte sich in letzter Vollversammlung mit dem Vorgehen des Fabrikarbeiterverbandes im Gewerkschaftsverein und fasste einstimmig nachstehende Resolution: „Die heute, Sonntag, den 28. Januar 1906, im Gasthaus Reichsplatz auf Veranstaltung der Ortsverwaltung und der Bezirksleitung des Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter einberufene Betriebsversammlung der Firma Gustav Schneider erklärt sich mit den Ausführungen des Bezirksleiters vollständig einverstanden und findet einen im Verbandsorgan Nr. 24 erschienenen Artikel, „Unlautere Konturenänderer“, vollständig berechtigt. Die Versammelten protestieren energisch gegen die Auslassungen des Vertreters vom Fabrikarbeiterverband im Gewerkschaftsverein. Ferner protestieren die Versammelten gegen den Tarifabschluß, in welchem die Versammelten gegen den Tarifabschluß, in welchem völlig unberücksichtigt geblieben sind; trotzdem dieselben mit im Streik standen, müßten sie aus eigener Kraft eine Verbesserung schaffen. Dieselben sind aber trotzdem geschädigt, und zwar bis zu 3,40 M. und 50 Pf. Mindereinnahme pro Woche. Das Mißbehagen von Ueberstunden und Sonntagsarbeit für Kutscher zc. ist eine ebenso bewährte Erscheinung im Tarif. Die Kollegen beauftragen die Ortsverwaltung zur Regelung bezügl. Verringerung des Tarifs und auch der Angelegenheit kontra Fabrikarbeiterverband im Gewerkschaftsverein.“

Posen. National-polnische Verbände. Das Sekretariat obiger Verbände erläßt wieder einen schwalligen Aufruf, um die Schächsen, welche noch dumm genug sind, auf den Helm zu geben, einzufangen. Mit großem Lamento bangt man an zu fragen, daß die polnische Sache von allen Seiten bedroht sei, und mahnt zum Zusammenschluß. Wie diese, jammert der Aufruf, gehen uns verloren, vielleicht für immer. Um diesem Unglück zu steuern, haben wir die polnischen Verbände gegründet; dieselben haben dieselben Ziele, nur noch etwas mehr, sie sind rein politisch und katholisch. Besonders lächerlich klingt der Passus, daß dieselben die Interessen der Arbeiter gegen die Arbeitgeber vertreten mit — man höre — Arbeitgebern, wie Siepelt, Dotsch, Professore und anderen Intelligenzen an der Spitze. Für polnischen Arbeitgebern, seid Ihr wirklich so wenig aufgeklärt, daß Ihr glauben könntet, es wird ein Verband „wo Arbeitgeber an der Spitze stehen. Eure Interessen vertreten? Die Augen auf, die Tassen zu gegen diese Alimimoretine. Was können Euch dieselben bieten? Vergleiche doch die Leistungen derselben mit denen der Zentralverbände und dann urteilt, wor Euch Sand in die Augen streut. Wer gibt Euch die Sicherheit, daß diese Vereine bestehen können und wie lange? Die Germanisierungspolitik kann sie in 24 Stunden vernichten und dann ist das Geld zum Fenster hinausgeworfen. Man geht mit billigen Beiträgen streben, was leistet man dafür?

Polnische Verbände:

Bei 1 jähriger Mitgliedschaft 6 M. auf 4 Wochen Gesamtergebnisunterstützung.

Bei 2 jähriger Mitgliedschaft 3 M. auf 4 Wochen.

Bei 3 jähriger Mitgliedschaft 10 M. auf 4 Wochen usw. usw.

Zentralverbände:

Eventl. bei mehrjähriger Mitgliedschaft 8 bis 10 M. auf 30–40 Wochen, nach 26 wöchentlich Mitgliedschaft 10–14 M. auf 13–40 Wochen.

Ebenso entsprechend minimal sind die anderen Leistungen.

Als direkter Verrat an der Arbeiterfrage kann man die Redensart auffassen, daß die Verbände nur die Sache der polnischen Arbeiter hochhalten und vertreten. Jemand, der seine 5 Sinne besonnen hat, kann heute im 20. Jahrhundert unmöglich auf dem Standpunkt stehen.

Die Arbeitgeber in Posen, ob Pole oder Deutscher, ob Katholik oder Protestant, sie halten einmütig zusammen, wenn es gilt, berechtigten Forderungen der Arbeiter zu bekämpfen, und die Arbeiter wollen solche Karren sein und sagen, nein, wir kämpfen nur für Polen, ist dieses nicht klar Verräter der Arbeiterfrage? Man liest sich und findet maner Arbeitsbrüder den Kapitalisten aus Wessler.

Ober ist man so vom Größenwahn befallen, daß man glaubt, mit den paar Dutzend Mitgliedern große Erfolge zu erzielen?

Ein anderes Bild: die Organisation der Zentralverbände scheint unauffassbar fort und ist besonders in den Großstädten maßgebend. Nun kommt es oft vor, daß Arbeiter aus Posen, Stadt und Provinz, nach besseren Erwerbsplätzen gehen, erstiert da ein polnischer Verband? Nein! Nun ist die Arbeiterfrage aber oft so gut organisiert, daß sie gar nicht mit Reuten zusammenarbeitet, die ihrer Organisation nicht angehören, das Ende vom Liede ist, daß der Kollege, der im polnischen oder sonst einem Alimimoretin ist, entweder in den Zentralverband eintritt oder weiter marschiert. Dem Uebertritte jedoch Zugehörigkeit zu einem Zentralverband voraus, wobei dann auch die volle Mitgliedschaft angesetzt wird. Wer ist nun wieder der Dumme? Der polnische Arbeiter, der seine wenigen Groschen einem Verein gegeben hat, der nur Hirngespinnst nachschalt, aber niemals etwas leisten kann in Bezug auf Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Die polnischen Verbände sind die größten Feinde der Posener Arbeiterfrage, weil sie die Kräfte der Arbeiter gegen die deutschen und polnischen Arbeitgeber schwächen durch ihre sinnlose Vergehung. Jede Zersplitterung der Kräfte bedeutet Schwächung!

An Euch liegt es, polnische Arbeitsbrüder, diesen Wurm, der an der Arbeiterbewegung zu Eurer aller Schanden nagt, zu vernichten, indem Ihr Euch Mann für Mann dem für Euren Beruf passenden Zentralverband anschließt. Wer in den polnischen Verband hineingeht, schädigt sich und seine Familie. Die Arbeiterbewegung ist weder deutsch noch polnisch, sie ist international, und alle sind wir Brüder und müssen uns gegen den Uebermut der Kapitalisten die Bruderhand reichen.

Den Herren, die an der Spitze dieser polnischen sogenannten Arbeiterverbände stehen, muß man zurufen: „Schuster, kleb bei deinem Reissen!“

Und der Herr Siepelt soll, ehe er sich an die Spitze eines Arbeiterverbandes stellt, nicht seinen Hausdiener wegen 1 M. Zulage auf die Straße sehen. Der letzte, der 13 1/2 M. pro Woche bezieht, klebt auch schon wieder auf „Nicht Euch nach meinen Worten, nicht nach meinen Taten“, denkt Herr Siepelt. Für die übrigen intelligenten Vorstandsmitglieder und geistigen Führer der Verbände gilt derselbe Vers.

Für die gesamte Arbeiterfrage Posens aber, ob polnisch, ob deutsch, gilt die Parole:

„Organisiert Euch in den nur den Interessen der Arbeiterfrage dienenden Zentralverbänden!“

Jeder andere Verein, mag er heißen, wie er will, hat für einen klassenbewußten Arbeiter keinen Zweck.

Stettin. Am 28. Januar tagte bei Wahrensdorf die Generalversammlung der Verwaltung Stettin. Den Rassenbericht erstattete Kollege Lüdemeier und ergab derselbe folgendes Resultat:

Einnahme für 1905. 1091,78 M.

Aufgabe. 915,76 M.

Reibt ein Bestand von 176,97 M.

Die Mitgliederbewegung war folgende: Bestand am 31. 12. 04 88 Mitglieder, Neueingetretene 83 Mitglieder, 4 von anderer Verwaltung übergetreten, sind zusammen 75 Mitglieder, 21 schieden aus. Es blieben mithin 54 Mitglieder am Schluß des Geschäftsjahres.

Mitgliederversammlungen wurden 9 abgehalten, Besuch derselben war in einigen sehr miserabel, zwei wurden wegen schlechten Wetters verlegt. Öffentliche Versammlungen wurde nur eine abgehalten, der Besuch derselben war auch sehr schlecht, von den Mitgliedern nahmen nur 8 daran teil. Es wurde ein Wintervergünst (Stiftungsfeiern) und ein Sommerfest abgehalten, vom Sommerfest wurde ein Ueberfluß von 50 M. erzielt, das Stiftungsfest brachte einen Ueberfluß von 18 M., welche den Vergütungen überwiegen wurde. Sitzungen und Besprechungen fanden 10 statt, welche auch nicht gut besucht wurden. Der 2. Vorstehende glänzte in 8 Vorstandssitzungen mit Abwesenheit und der Schriftführer war auch selten da.

Die Wahl der Funktionäre ergab folgendes Resultat: 1. Bevollmächtigter Kollege Siegel, 2. Bevollmächtigter Kollege Subrow, Kassierer Kollege Lüdemeier, Schriftführer Kollege Fuels, Beisitzer Kollege Manig. Zu Revisoren wurden die Kollegen Frederich, Danfen und Schöneberg. Als Delegierter zum Ratell wurde Kollege Naumiloff, in die Kommission zur Ueberwachung der Sonntagsarbeit die Kollegen Paul Sante, Blisse und Naumiloff gewählt.

Unter Berücksichtigung des noch einige drückende Angelegenheiten geregelt, sowie Wunsch gefaßt über das bevorstehende Sommerfest, welches am 17. Juni d. J., im Parkwäldchen stattfinden soll. Zum Schluß wurde noch darauf hingewiesen, daß in Zukunft die Versammlungen Punkt 4 Uhr eröffnet werden können, ganz gleich und wenn zur Zeit bloß 3 Mitglieder anwesend sein sollten.

Straßenbahner.

Vorbed. Eine öffentliche Versammlung der Straßenbahner tagte am Freitag voriger Woche im Lokale des Wirts Spielmann, Vergeborend. Arbeitersekretär Kämber sprach über die Mißstände im Straßenbahnerberuf und ihre Beseitigung.

Den beifällig aufgenommenen Ausführungen folgte eine äußerst interessante Diskussion, an der hauptsächlich die bisherigen Mitglieder des christlichen Verbandes teilnahmen. Besonders wurde die Tätigkeit des Herrn Klotz scharf geachtet von seinen früheren Kollegen, indem derselbe die Interessen seiner Mitglieder in keiner Weise vernachlässigt hat, und erklärte fämieliche anwesenden Kollegen ihren Ausritt aus dem christlichen Verbande, mit Ausnahme eines einzigen, der seinen Herrn Klotz in Schutz nehmen wollte, aber leider auch keinen nützlichen Zweck für die Tätigkeit desselben vorzubringen hatte.

Eine ganze Anzahl der Kollegen erklärten ihren Beitritt zum Zentralverbande und soll in nächster Zeit wieder eine öffentliche Versammlung stattfinden, in der die fehlenden Kollegen mit anwesend sein sollen.

Den Kollegen jedoch, welche erkannt haben, wo ihre Interessen gewahrt und auch vertreten werden, rufen wir zu, alle ihre Kraft mit einzusetzen und mitzuwirken zum Wohle ihrer Frauen und Kinder, damit auch der letzte Kollege dem Zentralverbande der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter zugeführt wird, denn nur da werden Eure Interessen gewahrt und vertreten, deshalb hinein in die Organisation Mann für Mann.

Samburg - Wandbed. Mithilich war hier eine Straßenbahnerversammlung geplant, darauf erhielt der Einberufer, Kollege Wagener-Samburg, folgendes Schreiben:

„Wandbed, den 22. Januar 1906.
Die öffentliche Versammlung der Straßenbahnangehörigen am Mittwoch, den 24. Januar d. J., morgens 1 Uhr, darf nicht stattfinden, da die Polizeistunde für den hiesigen Bezirk um 12 Uhr festgesetzt ist und eine Verlängerung derselben zu dem genannten Zweck nicht erfolgen kann.“

Sonderbar! Höchst sonderbar! Als die Straßenbahnerbewegung im Jahre 1903 stattfand, dachte man in Wandbed an die 12 Uhr-Polizeistunde nicht im Traume. Herr Schoppen hatte so wenig gegen die Nachversammlung einzubringen, wie heute noch Herr Eken gegen das Offenhalten von Wirtschaften — also Verlängerung der Polizeistunde — das nicht zu dem genannten Zwecke stattfinden. Es haben ferner, auch schon zu Herrn Eken's Zeiten, Versammlungen über 12 Uhr hinaus getagt. Wo wird denn überhaupt in Wandbed die 12 Uhr-Polizeistunde durchgeführt? Man frage gelegentlich einmal unsere Herren Richter, was sie in dieser Beziehung im Schöffengerichte schon alles so bestimmt erlassen, daß es gerichtsnotwendig wurde! Wir wollen heute Herrn Eken nicht an seine Kandidatenrede erinnern — das geschieht ein andermal — aber wenn er wirklich hätte verstanden wollen, dann hätte er schließlich es tun, aber nicht begründen sollen. Das ist Glatteis, auf dem man gar zu leicht stolpern kann.

Doch — es scheint Ehem in der Sache zu liegen. Auch im „Storchneß“, auf Altonaer Gebiet, sollte eine ähnliche Versammlung stattfinden. Herr Hohenhagen verbot sie — diesmal nicht auf Grund des „Allgemeinen Landrechts“ — wie folgt:

„Die für heute nach 1 Uhr von Ihnen angemeldete öffentliche Versammlung der Straßenbahner in dem hiesigen Lokal usw. wird hiermit verboten, weil für das Lokal „Zum Storchneß“ nach 1 Uhr die Polizeistunde eintritt.“

Auch im „Storchneß“ haben sich 1903 die Straßenbahner nach 1 Uhr nachts versammeln dürfen. Damals hatte man in Samburg den Straßenbahner die im Versammlungsbuch liegende Ausübung des Koalitionsrechts geraubt, Preußen war minder streng. Früher rebete man davon, Samburg sei verpörrt, heute muß man leider sagen, Preußen ist verborger! Das Schlimmste an der Sache ist, daß nicht einmal rechtzeitig von den Verböten öffentlich hat Kenntnis gegeben werden können. Das Koalitionsrecht ist heute nicht mehr in Gefahr, es ist einfach schon außer Gefahr, wie die Reiche auf dem Strohsack.

Das preussische Kammergericht hat vor wenigen Jahren in Sachen unserer Magdeburger Verwaltungskollegen dahingehend entschieden, daß in Preußen Vereinsversammlungen nicht an die Polizeistunde gebunden sind. Da die Wandbeder Polizei nicht befragt oder berufen ist, Kammergerichtsentcheidungen außer Kurs zu setzen, wird es Sache unserer Kollegen sein, ihr die Dinge klar zu machen. Wir werden uns also um die Polizeistunde nicht kümmern, bekommen wir dann folgendem ein Strafmandat, so werden die Gerichte bis zur obersten Instanz, dem preussischen Kammergericht, über unsere Uebelthäterei zu entscheiden haben.

Geplagte Leute. Vom Turm künden der Gloden-schlag die gehnte Wenden. Die Sterne funkeln und blicken vom blaueschwarzen Winterhimmel. Es ist kalt; der Ostwind peißt durch die Gassen. In die weiche Mäntel gehüllt, eilen die Damen der Gesellschaft, die soeben das Goldbrater verlassen, dem Straßenbahnwagen zu. Gerren in Mänteln und Pelztragen folgen. Im Nu ist der Wagen besetzt. Der Schaffner gibt das Glodenzeichen, der Führer aus dem Vorderperson löst die Bremse los und schaltet den Strom ein. Die warm eingewickelten Fahrgäste, die aus dem wohlbeleibten Theater kommen, zählen die Minuten, bis sie das hochburgwärme Selim erreichen. Reiter von ihnen denkt an den Mann, der jetzt schon neun, zehn Stunden auf dem Vorderperson unbeweglich, dem schnellenden Ost schußlos preisgegeben, ausfallen muß. Wohl hat ihm die Frau an Nebenstücken mitgegeben, was tragend möglich war. Aber der dicke Rod wartet auf die Dauer nicht, wenn man ohne Bewegung stundenlang auf demselben sitzt ausstehen muß, allen Unilden der Mitterung schußlos preisgegeben.

Einige ganz weitere Passagiere, die im Innern des Wagens keinen Platz mehr finden konnten, versuchen es, dem Beamten Gesellschaft zu leisten. Sobald aber an

einer Gaststube ein Wägen im Innern des Wagens oder auf dem Hinterperron frei wird, verschwinden sie von der vorderen Plattform. Für einige Minuten läßt es sich da vorn ausfahren, aber auf die Dauer — dreier!

Ja, muß denn das sein, daß die Fahrer, die Schaffner und auch die bei der zum Teil ungenügenden Fahrgastkapazität auf die Plattform angelegten Fahrgäste umgedrückt dem schwebenden Öfen preisgegeben sind? O nein! Die neueren, modernen Anforderungen entsprechenden Straßenbahnwagen sind zum Teil alle mit Glasvorhängen versehen. Allerdings darf man diese zeitgemäßen Transportmittel nicht bei der Stuttgarter Straßenbahn suchen. Die Fremden, die die schwebende Reisenzug ausfahren, amüsierten sich zum Teil über die Stuttgarter Straßenbahn, die großen, aus Märgen gefertigten Zigarrenstücken gar nicht unähnlich sehen. Fremde, welche die Straßenbahn nur etwa ein halb Dutzendmal benutzen, mögen sich mit Zug und Recht über die vorfindlichen Verkehrsmittel der Schwäbische Strohfabrik beklagen, für das Stuttgarter Publikum wie insbesondere für die Beamten hat die Ungelegenheit aber doch eine sehr ernste Seite. Doch, von der Unbequemlichkeit ganz abgesehen, eine Fahrt auf dem ungeheuerlichen Vorderperron unter Umständen schwere Krankheiten nach sich ziehen kann, besonders wenn Arbeiter mittags oder abends von der Arbeit oder vom schnellen Gang erfrischt schnell auf die vordere Plattform springen, um nur noch rechtzeitig von und zur Arbeit zu kommen, liegt auf der Hand. Und schließlich ist die Gesundheit der Beamten doch auch kein Papierenfisch.

Doch die Straßenbahngesellschaft aus eigener Initiative Abhilfe schaffen wird, ist bei dieser Dividendengesellschaft nicht anzunehmen. Auch in anderen Städten, so z. B. in Nürnberg haben die Gesellschaften gezwungen werden müssen zu der durchaus notwendigen Verbesserung des Fahrmaterials. In letztgenannter Stadt erhielt die Gesellschaft von der Stadtverwaltung den Auftrag, den Glasvorhang binnen einer bestimmten Frist auch an den alten Wagen anzubringen. Die Gesellschaft versuchte gegen diesen Auftrag anzukämpfen mit den präntlichsten Gründen und Entschuldigungen. Die Glasvorhänge solle dem Fahrer bei Regen- und Schneewetter den Ausblick auf die Straße und damit die Sicherheit des Verkehrs beeinträchtigen und was dergleichen „Gründe“ mehr waren. Die Stadtverwaltung ließ jedoch nicht locker. Die Gesellschaft mußte sich dazu bequemen, dem Auftrag nachzukommen. Und siehe da: Es zeigte sich, daß der Glasvorhang, der den Fahrer bei Regen- und Schneewetter davor schützte, daß ihm die Augen geblendet wurden, die Betriebssicherheit erhöhte. Beweist dafür ist auch, daß moderne Straßenbahngesellschaften fast sämtlich mit der Glaswand versehen werden.

Nun nun die Stadtverwaltung Stuttgart das, was anderwärts möglich war, nicht auch hier zur Durchführung bringen? § 29 des Vertrages gibt der Gemeindevorstellung das Recht, von der Straßenbahngesellschaft zu verlangen, daß die Wagen solid und zweckmäßig gebaut und mit den neuesten Verbesserungen und Sicherheitsvorrichtungen versehen sind. Wir möchten, nachdem unsere vorjährige Anregung resultatlos geblieben, nun nochmals dringender erklunden, die Frage zu untersuchen und auch der Öffentlichkeit über das Ergebnis der Untersuchung Bericht zu erstatten.

Vorstehenden Artikel entnehmen wir der „Schwäbischen Tagblatt“. Die Straßenbahner ersehen daraus, daß man noch viel vor für sie eintritt. Sie mögen den Schwandvertrag, der ihnen das Koalitionsrecht nehmen soll, hundertmal unterschrieben haben, so wenig will es bisher der Direktion auf die Nase gebunden haben, über bei uns Mitleid ist, so wenig wird dies in Zukunft geschehen.

Auf die Dauer wird allerdings auch der Verband nicht für die unorganisierten Straßenbahner eintreten, ihnen Arbeit vermitteln und sie unterstützen, damit sie dann, wenn sie richtig untergebracht sind, noch auf die Organisation und deren Leiter schimpfen. Wer Mitglied des Verbandes werden will, findet den Weg in unser Bureau, unter Umständen läßt sich die Sache auch brieflich machen.

Also, Ihr Straßenbahner! Werdet Mitleider des Verbandes!

Transportarbeiter.

Bant-Willhelmsbaven. Eine sichere Brodstelle für unorganisierte Arbeiter scheint der Betrieb von Grissel, Willhelmsbaven zu sein und Herr Grissel ist zugleich der Beschäftiger dieser guten Leute, der jedoch neulich zu einem unorganisierten Arbeiter, der bei Friedrich Heydens arbeitet, gesagt: „Wenn ihr einmal von den organisierten Arbeitern angereizt werdet, so sagt mir von davon Bescheid, ich werde die Verbandsbrüder schon kriegen.“ Herr Grissel, der sich so gerne als ein humaner und liberaler Arbeitgeber ausstellt, hat sich aber in der letzten Zeit den organisierten Arbeitern gegenüber so benommen, daß keiner mehr an seinen humanen und liberalen Charakter glaubt, denn, wer wirklich liberal denkt, wird keinen Arbeiter daran hindern, für Verbandsorganisation beizutreten. Herr Grissel stellt aber nur solche Leute an, die keinem Verbandsangehörigen und wenn er solche von der Herberge holen muß. Auch ist es in der letzten Zeit wiederholt vorgekommen, daß unsere Kollegen mit den Arbeitern der Firma Grissel in Streit geraten sind. Es wird nun ein jeder glauben, unsere organisierten Kollegen hätten den Streit angefangen. Das ist aber nicht der Fall. Wenn des Morgens oder des Nachmittags die Grisselschen Arbeiter mit allen Mann im Güterhofen sind und es läßt sich dann mal einer von unseren Kollegen sehen, dann versuchen diese seinen Leuten unsere Kollegen auf alle Art und Weise zu schikanieren und bieten denselben schließlich noch Prügel an. Wenn nun die sogenannten Blauen dabei den kürzeren ziehen, dann haben sie nichts eiligeres zu tun, als zu ihrem Beschäftiger, Herrn Grissel zu laufen, um dem ihr Leid zu klagen. Sofort läuft Herr Grissel an's Telefon, um den Unternehmer, bei dem unser Kollege in Arbeit steht, davon zu benachrichtigen und verlangt, daß unser Kollege entlassen wird. Selber scheint Herr Grissel, der ja auch Vorsteher des Willhelmsbavener Fuhrer-Verbands ist, die Mitglieder

des genannten Vereins nicht ordentlich im Ägel zu haben denn bis jetzt ist noch kein Unternehmer am Orte seiner Aufforderung nachgekommen. Aber mancher Unternehmer versteht besser zu rechnen als Herr Grissel, die behalten lieber ihre erfahrenen, alten Kutscher und Arbeiter, denn diese können auch ohne das man ihnen das Ägelführen an die Wand malen, ein Fuhrwerk sicher durch die Straßen fahren, ohne Laternenständer und sonst dergleichen umzufahren. In der letzten Zeit scheint man aber ein anderes Mittel anzuwenden zu wollen, um den organisierten Arbeitern beizukommen. Man läuft zur 161. Polizei und diese soll nun wohl den Arbeitern in Bant und Willhelmsbaven ein gewisses Gruseln beibringen. Aber diese schamlosen Forderungen werden ein Vorwärtsbringen unserer Organisation, nicht aufhalten können, wenn unsere Kollegen alle Kräfte aufbieten, um die Organisation auszubauen. Den Arbeitern der Firma Grissel möchten wir aber raten, endlich einmal ihre Lage zu betrachten, denn sie sind ja am aller erbärmlichsten daran, von sämtlichen Arbeitern in Bant-Willhelmsbaven, denn das einzige Recht, welches ihnen noch zusteht, nämlich das Recht, sich zu organisieren, haben sie sich von ihrem Arbeitgeber nehmen lassen. Noch einmal sei ihnen von dieser Stelle zugerufen. „Laßt uns die Streikzeit begreifen, denn durch die Streikzeit der Arbeiter untereinander kann nur der Unternehmer profitieren und schließlich durch den Central-Verband der Handels-, Transport- und Verbandsarbeiter an. Auch unser Unternehmer wird Euch nicht eher einen Pfennig mehr geben, bis er dazu gezwungen wird.“

Cellé. Die „Celléer Zeitung“, das Organ für Bildung und Erziehung, enthält in der letzten Nummer folgenden Insekt:

Arbeitgeber von Cellé!

Wollen wir nicht zusammenhalten und uns organisieren gegen den geplanten Streik der Kutscher, Fuhrleute und Lagerarbeiter? Wer nimmt die Sache in die Hand und übernimmt die Führung? Welches Recht für uns!

Noch ist es Zeit!

Einen größeren Gefallen als die Veröffentlichung dieses Insekts hätten uns die Unternehmer nicht tun können, wir haben nun nicht mehr nötig, unsere Kollegen aufzuklären, das besorgen diese Herren allein. Nur so weiter, uns kann es recht sein. Hierdurch beweisen diese Herrschaften, welchen Respekt sie vor der Organisation haben, kaum sind die hiesigen Kollegen aus ihrem Schlaf aufgewacht und haben sich der Organisation angeschlossen, so taucht bei den Unternehmern auch schon das Gespenst des Streikes auf. Eine allzuhohe Meinung müssen sie daher von den Zuständen in ihren Betrieben nicht haben, sonst würden sie nicht gleich einen Streik vermuten. Oder planen sie für sich angesichts der Feuerung eine Feuerungsanlage, dergleichen, daß sie bei ihren Arbeitern eine Lohn-erhöhung vornehmen wollen? Oder wollen sie eine Preis-erhöhung vornehmen? Das letztere soll uns recht sein, gegen das erstere werden wir uns zu wehren wissen.

In letzter Zeit ist hier die Agitation unter unseren Kollegen energig betrieben worden und hat auch den erwünschten Erfolg gehabt, viele haben die Unternehmern des ersten und ist ihnen nun der Schreck in die Glieder gefahren. Nach ihrer Meinung sollen die Arbeiter nur willfährige Sklaven sein, die ohne zu mucken, alles über sich ergehen lassen, ganz mit dem zufrieden sind, was der „Herr“ ihnen allerdümmst aufzählt. Besteht doch hier in Cellé an verschiedenen Stellen noch das alte patriarchalische Verhältnis, hier gibt es noch „Herren“ und „Knechte“, das vertraute Du ist hier noch sehr gebräuchlich, d. h. nicht etwa, daß dies auf Gegenseitigkeit beruht, nein, das wäre doch unerbötlich, für den Knecht oder Fuhrmann bin ich der „Herr“ und „Du“ mein getreuer „Knecht“!

Kollegen! Soll dies auf die Dauer so bleiben? Nein und abermals nein! Wir fordern gleiches Recht für alle! Auch die Arbeiter haben ein Recht auf menschenwürdige Behandlung und anständige Bezahlung. Zahlt der Arbeitgeber einen anständigen Lohn und behandelt er seine Arbeiter als Menschen, so wird es Niemand einfallen zu streiken. Den Celléer Kollegen aber rufen wir angesichts dieser Situation zu: „Organisiert Euch“ und sorgt für Ausbreitung des Verbandes! Ihr dürft nicht eher ruhen, bis der letzte Mann dem Verbands angeführt ist. Darum auf zum Kampf, zum Sieg!

Erfurt. Mithände bei der Firma Gottfried Rothe. Nicht die besten Zustände in Bezug auf Behandlung scheinen bei der Firma G. Rothe zu bestehen; nicht nur, daß die Arbeitszeit eine ungenügend lange ist, auch der Verstoß des Herrn Rothe Jr., sowie der Verwalter und Hofmeister den Kutscher gegenüber ist nahezu unerträglich. Morgens zwischen 8 und 4 Uhr müssen die dort beschäftigten modernen Arbeitstiere bereits ihre Heimstätten verlassen und des Abends, vollständig vom Wetter durchnäßt, kommen sie gegen 9 Uhr und noch später nach Hause. Daß bei Rothe kein leichtes Arbeiten ist, weiß jeder Laie. Diese Art Arbeit ist am wichtigsten mit dem Wort „Druckarbeit“ gekennzeichnet. Umso mehr muß es verwundern, daß man Arbeitern gegenüber, die in ihrer Pflichterfüllung Rothe gegenüber selbst ihr Familienleben hinteranstellen, eine Behandlung, die selbst zur Mißhandlung ausgeartet hat, zuzetteln werden läßt.

Es spottet jeder Beschreibung, was sich dort ein Kutscher im 20. Jahrhundert gefallen lassen muß. Ein Beispiel: Ein Kutscher will ein Pferd beschlagen lassen und fragt den Verwalter, zu welchem Schmied er gehen soll. Er bekommt zur Antwort, daß es ganz gleich sei. Es schlägt in Erfurt fast sämtliche Schmiede für Rothe. Als Rothe erfährt, daß das Pferd bei einem anderen Schmied, als er gern gewünscht hätte, beschlagen sei, wurden dem Kutscher am darauffolgenden Sonnabend 8.50 M. für Beschlagen des Pferdes abgezogen. Zwischen dem Kutscher und Verwalter kommt es zu Auseinandersetzungen. Der selbe Kutscher hatte ein bißchenes Pferd. Jeder, der den Verstoß kennt, wird wissen, daß ein Kutscher aufleben ist, wenn er sich seine Pferde so gegogen hat, daß sie an ihn gewöhnt sind. Der Verwalter kommt mit dem Tierarzt in den Stall, der Verwalter hat fortgesetzt das bißliche Tier, was sich der Kutscher mit Recht verdient. Nun folgen vom Verwalter die schönsten Redenamen für den Kutscher. Er nennt ihn einen „Lausejungen“, „dummen Jungen“,

„Ochsen“ usw., um schließlich die Mißgabel zu ergreifen und wie mit gefälltem Bajonett auf den Kutscher loszugehen. In diesem Augenblick betritt Karl Rothe den Stall. Er erkundigt sich nicht erst, was hier vorgefallen ist, sondern Augenzeugen berichten das Unglaubliche, daß Rothe Jr. den Kutscher zu Boden geworfen und dann aus dem Stall hinausgeworfen haben soll. Die Arbeit war natürlich für den Kutscher zu Ende. Derartige Vorkommnisse sollen bei Rothe schon öfter zu sehen gewesen sein. Verwunderlich ist es nur, daß sich die gebildeten Arbeitstiere solch unwürdige Zustände gefallen lassen, sie haben es ja in der Hand, bessere Verhältnisse auch bei Rothe zu schaffen, wenn sie sich nicht mehr von Rothe beeinflussen lassen. Rothe, der durch die schwere und saure Arbeit seiner Leute schwer reich geworden ist, hat kein Recht, seinen Leuten Vorschriften zu machen, was sie zur Erhaltung ihrer Gesundheit und zur Führung eines besseren Lebens unternehmen. Darum gilt auch für alle dort beschäftigten Arbeiter: Schließt auch ihr Euch zusammen zur Vertreibung solcher Mißstände und zur Erhaltung besserer Zustände.

Gautzinger. Auch eine Lohnherabsetzung haben die Kutscher der Baumaterialien-Handlung von Gebr. Wehring in Lindau zu verzeichnen. Bisher betrug der Lohn ganze 19 M., bei einer Arbeitszeit von 13, 14, 15 und 16 Stunden in Wind und Wetter, gewiß nicht eine zu hohe Bezahlung, namentlich in heutiger Zeit, wo der Lebensunterhalt ein so teurer ist. Das hat gewiß auch die Firma eingesehen und diese Lohnherabsetzung gewährt. Auch knauserig hat sich die Firma nicht gezeigt, sie hat ganze 88 Pf. — geschrieben: achtunddreißig — nicht etwa pro Tag, sondern pro Woche gegeben, das macht bei einer Durchschnittsarbeitszeit von 18 Stunden pro Tag die Stunde 0.608 Pf. Nach Berechnung der Firma zählt sie ja 1 M. Lohnherabsetzung, daß dem nicht so ist, werden wir gleich nachweisen. Sie hat nämlich vorher die Beiträge für Kranken- und Invalidenversicherung nicht abgezogen, die 19 M. wurden voll ausgezahlt. Jetzt erklärt sie 20 M. zu zahlen, aber diese Beiträge abzuziehen. Die Herrschaften verstehen zu rechnen.

Von unserer Seite wurde schon oftmals versucht, die Kollegen zu organisieren, aber bisher ohne Erfolg. Sie waren anscheinend mit den Verhältnissen zufrieden, ob nun diese katastrophale Lohnherabsetzung für sie eingewirkt hat oder ob es andere Umstände gewesen sind, soll dahingestellt sein, jedenfalls scheint unsere Arbeit jetzt von Erfolg gekrönt zu sein. Es haben sich bereits mehrere Kollegen zur Aufnahme gemeldet, bei ihnen scheint es allmählich zu dämmern, sie scheinen einzusehen, daß es nicht so weiter gehen kann, daß sie als Menschen auch Anspruch auf anständige Bezahlung haben und nicht halb umsonst ihre Arbeitskraft dem Unternehmer zur Verfügung stellen müssen. Weidlich geht es den dort beschäftigten Asphaltarbeitern, auch hier war es — bis auf einige, die Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes waren — nicht möglich, sie für die Organisation zu gewinnen. Auch hier ist es in letzter Zeit besser geworden, endlich scheinen auch sie den Wert der Organisation zu erkennen. Nicht der organisierten Kollegen muß es nun aber sein, die noch fernstehenden für uns zu gewinnen. Wenn es ihnen ernst mit der Verbesserung ihrer Lage ist, dürfen sie nicht ruhen, bis auch der letzte für uns gewonnen ist. Darum Kollegen, schlaft auch ein jeder seine Pflicht, so wird auch für Euch die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen möglich sein, laßt Euch nicht einschläfern durch etwaige kleine Zugeständnisse des Unternehmers, sie wollen nur dadurch Uneinigkeit unter Euch bringen, als Mensch, als der Ernährer Eurer Familie habt Ihr die Pflicht, eine anständige Bezahlung Eurer Arbeitskraft zu verlangen. Diese könnt Ihr nur erreichen, wenn Ihr Euch alle der Organisation anschließt. Einer für Alle, Alle für Einen.

Halberstadt. Die Lage der hiesigen Transportarbeiter ist eine denkbar unangenehme. Die Arbeitszeit beträgt in den meisten Betrieben 16—17 Stunden. Der Lohn dagegen balanciert zwischen 12—18 M. Auch die Behandlung läßt vielfach viel zu wünschen übrig. Zugelassenem hält es schwer, die Kollegen der Organisation zuzuführen. Sie haben ihre Klagenlage wohl nicht einmal erkannt. Irrend welche Zeit zu geistiger Betätigung bleibt ihnen bald gar nicht übrig. Ermüdet und erschöpft suchen sie abends ihre traurige Ruhe auf. Bei dem bishigen Abendlohn überkommt sie der Schlaf. Ohne sich vorher mit ihren Familienangehörigen nur irgend vertraulich unterhalten zu haben oder eine proletarische Zeitung zu lesen, geht in die Halle, um am anderen Morgen 4 Uhr wieder an der Zäse zu sein. So geht es Tag für Tag, Jahr aus, Jahr ein. Unsere Kollegen wissen nichts von alledem, was sich am politischen Himmel abspielt. Der rote Sonntag ist ihnen meistens gar nicht bekannt geworden. Mitleid ein Leben voller Mühe und Arbeit. Die wahre Tyrannei.

Mit unendlicher Mühe ist hier an der Führung dieser traurigen Lage gearbeitet worden. Eine erhebliche Zahl von Kollegen wurden Mitglieder unserer Organisation und sind durch dieselbe in einem Betriebe wesentliche Lohnaufbesserungen erzielt worden. Leider zeigt nun der größte Teil dieser Mitglieder auch sehr wenig Interesse an der Weiterentwicklung unserer Zählstelle, obgleich sie schon den Wert einer Organisation begriffen haben. So konnten wir am 20. Januar die Monatsversammlung nicht abhalten, weil gar zu wenig Kollegen erschienen waren, trotzdem alle durch einen Brief eingeladen waren. Ferner geben die Beiträge schlecht ein und sind viele Mitglieder bedeutend im Rückstand. Kollegen, dies muß anders werden, wenn ihr nicht ganz und gar geistig und moralisch versumpfen wollt. Erhebt Euch zum gemeinschaftlichen Handeln und überlaßt nicht einzelnen die Arbeiten, sondern jeder Kollege ist verpflichtet an der Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen mitzuwirken. Vor allen Dingen sorgt dafür, daß die nichtorganisierten Kollegen dem Verbands beitreten. Haben wir diese für uns gewonnen, so werden wir mit Hilfe unserer Organisation eine bessere Bezahlung der Arbeit zu erringen suchen. Also auf zur nutzbringenden Arbeit.

Die nächste Monatsversammlung findet am Sonnabend, den 17. Februar, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus statt. Kollege Albert wird einen Vortrag halten über „Die Entwicklung der modernen Gewerkschaften“. Wir dürfen daher wohl auf guten Besuch rechnen.

Beweis: Die immer mehr und größer erscheinenden Ausperrungen, so in Grunmilch, Bogen, Rheinland, Westfalen und zuletzt in Berlin, die alle zu dem Zwecke infanterisiert wurden, die Arbeiterorganisation zu vernichten. Durch die neueste Taktik der Unternehmer, die A-B-C-Ausperrungen, dadurch, daß immer dieselben ausgeperrt werden, sollen die Arbeiter müde gemacht und die Kassen geleert werden. Außerdem sind auch noch die Religion und der Differenzismus der großen Massen unsere Feinde. Wie können hier wieder von den Arbeitgeberern lernen; die fragen nicht danach, ob Jude, Heide oder Christ, wenn es gilt, die Arbeiter zu unterdrücken, sind sie sich einig. Hier muß von unserer Seite noch mehr getan werden, auch auf uns muß das Wort: „Das Schwert geschliffen, das Pulver trocken“, angewandt werden. Den letzten Mann müssen wir zur Organisation heranziehen und dafür sorgen, daß die Kassen gefüllt werden, um in den späteren Kämpfen siegreich zu sein.

Reicher Vorfall wurde dem Redner zu teil. In der Diskussion wurden von verschiedenen Kollegen die biesigen Verhältnisse beleuchtet und zum Anstoß an den Transportarbeiterverband aufgefordert. Nun meldete sich auch ein Herr Leonhardt, Vertreter des christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverbandes zum Wort. Er pflichtete dem Referenten und den Diskussionsrednern bei, daß die Zustände in Hannover Verbesserung bedürftig seien, und nur eine große Organisation etwas zu leisten imstande sei. Er ehre die Überzeugung eines jeden Menschen; er sei jedoch überzeugt, daß die christliche Organisation die allein richtige sei, wenn man ihn vom Gegenteil überzeugen könne, würde er sich sehr freuen. Seine weiteren Ausführungen waren belanglos, sodaß ihn treffend aus der Mitte der Versammlung zugerufen wurde, erst nach Wunden-Glabach zu gehen und sich Stoff zu holen. Vom Vorfalle wurde dann die Handlungsweise der Christlichen unter die Lupe genommen, wie sie stets als Exponenten der Unternehmern auftreten, durch Betrug, Streikbruch die freien Organisationen um die Früchte ihrer Kämpfe zu bringen versuchen. Insbesondere wurde der Kölner Holzarbeiterstreik beleuchtet, ebenso hielten sie die Straßenbahnen in Bonn davon abgehalten, während des Arbeiterkampfes zu streiken und so die ganze Lohnbewegung verpuffen. Das sei weiter nichts als gemeiner Verrat der Arbeiterinteressen.

Darauf meldete sich ein Herr Böding (Christlicher Zimmererverband) zum Worte. Dieser erklärte, daß darauf zu sein, von Frankfurt Streikbrecher nach Köln geschickt zu haben, weil die Christlichen bei Aufstellung der Forderungen nicht befragt seien. Die Versammlung hielt mit ihrer Entschiedenheit ob solchen Verhaltens nicht zurück. Vom Referenten wurde dann noch eingehend dargelegt, daß an der Spitze der christlichen Arbeiterbewegung die Schwarzen ständen, die bei der heutigen Gesellschaftsordnung, mit den Kapitalisten halten und auch ohne weiteres hielten, weil sie Kapitalgeossen derselben sind. Die Rangel der Reichstuhls würde zur Bekämpfung der wahren Arbeiterinteressen gemißbraucht, zu bedauern seien die Arbeiter, die sich von solchen Führern leiten lassen. Aufgefordert, nur ruhig sich auszusprechen, da in Versammlungen der freien Gewerkschaften volle Redefreiheit gewährt würde, waren die Christlichen doch bald mit ihrem Latein zu Ende. Es wurde dann gegen eine Stimme folgende Resolution angenommen:

„Die am heutigen Tage im „Ballhof“ tagende, von etwa 200 im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Personen besuchte Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden, und verpflichtet sich sämtliche Anwesende, soweit sie noch nicht Mitglieder des Handels- und Transportarbeiterverbandes sind, denselben beizutreten. Ferner verpflichten sich sämtliche Anwesende in Unbetracht, daß nur durch Zusammenstoß aller Arbeiter zu einer Organisation bessere, menschenwürdige Verhältnisse in unserem Berufe geschaffen werden können, stets für Ausbreitung der Organisation tätig sein zu wollen.“ Nachdem noch mehrere Kollegen aufgenommen waren, erfolgte 1 Uhr nachts Schluß der gut besuchten Versammlung.

Reimpen. Generalversammlung am 14. Januar. Nach einem Rückblick auf das verfloßene Geschäftsjahr wurde zur Neuwahl der Ortsverwaltung geschritten. Es fungierten als Bevollmächtigte Josef Inhofer, Kassierer Job. Seine, Schriftführer Wilms, Kleiner, Beisitzer Oswald, Herrnecht und Peter Pfander, Revisoren Anton Kreuzer und Jakob Waber. Die Verwaltungsstelle hat im verfloßenen Jahre ihre Mittelbergezahl von 80 auf 185 gesteigert. Das neue Geschäftsjahr muß bei steigender Agitation gleiche Erfolge bringen. So mancher Kollege konnte in Fällen von Krankheit und Arbeitslosigkeit kräftig unterstützt werden, eine Mahnung für alle im eigenen Interesse dem Verbands unentwegt treu zu bleiben.

Arbeitsfeld. Am 7. Januar fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Nach gegebenem Kassierbericht und Bestätigung seitens der Revisoren wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Alsdann wurde noch über die staatsgerichtliche Konferenz in Köln berichtet. Die Neuwahl des Vorstandes ergab: Kollege Bergmann erster Vorsitzender, Krengel erster Kassierer. Den Mitgliedern wurde noch eingeschärft, wie es sehr notwendig ist, die Versammlungen fleißig zu besuchen und in der Agitation nicht eher zu ruhen, bis auch der letzte Mann organisiert ist.

Niederfeld. Am 5. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Den Geschäfts- und Kassierbericht gab Kollege Hahn. Wir haben demnach ganz gute Fortschritte zu verzeichnen. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. In die Ortsverwaltung wurden folgende Kollegen gewählt: Kollege Hahn 1. Bevolm., Kollege Herbst 2. Bevolm., als Beisitzer die Kollegen Munal und Hensel. Revisoren: Kollegen Richter, Hübel und Müge. Kartellbelegte: Kollegen Komper und Schlab. Hierauf sprach der Gau-leiter über: Unser Verband im Jahre 1905. Er wies darauf hin, daß es Pflicht der Kollegen ist, sich zusammen zu halten und stets neue Mitglieder für den Verband zu werben. Die Debatte war eine sehr rege.

Es kamen verschiedene Wünsche bei der Firma Gebr. Jenzig zur Sprache. Dort scheinen die Bestimmungen der Gewerbeordnung der Firma böhmische Döcker zu sein. Wagt einer etwa eine eigene Meinung zu äußern, wird er

ganz einfach hinausgeworfen, wie das zu dem Fest der Liebe mehreren dort beschäftigten Kollegen ergangen ist. Wir werden ein sehr wachsames Auge auf diesen Musterbetrieb richten müssen, umso mehr, da die Bedörbe garnicht zu sehen scheint, daß fast jeden Sonntag dort gearbeitet wird, obwohl sich Herr Jenzig den Anschein giebt, ein sehr frommer Mann zu sein. Nachdem noch verschiedene Anfragen erledigt wurden, schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Berichtigung.

Breslau. Von Herrn Joseph Kasler-Breslau erhalten wir nachstehende Berichtigung, die wir, nicht, weil wir dazu verpflichtet, sondern ihrer Originalität wegen zum Abdruck bringen.

Breslau, den 27. Januar 1906.

An die Redaktion des „Courier“

Die Redaktion erlaube ich auf Grund des Pressegesetzes um die Aufnahme folgender Berichtigung des unter der Überschrift „Breslau“ in Nr. 1 Ihrer Zeitschrift am 14. d. J. auf Seite 7 veröffentlichten Artikels:

1. Daß der Schaffer die Leute schikanert, ist unwohr und kann nur gerade das Gegenteil behauptet werden. Das Auszahlen des Lohnes in der Kneipe geschieht zum größten Teil im Kontor und nur da, wo der andere Teil der Arbeiter das Auszahlen in der Kneipe wünscht, zahlt es mein Schaffer. (Von uns geschehen, da uns der Sinn dieses Satzes nicht ganz klar ist. D. R.)

2. Bezüglich der Stallwache bemerke ich, daß auch die Angaben des „Courier“ unwohr sind. Es ist unwohr, daß täglich des Nachts Stallwache gehalten wird und hierzu 4 Mann gebraucht werden; woher ist hingegen, daß Sonn- und Feiertags nachts Stallwache gehalten wird und hierzu jedesmal nur 1 Mann beansprucht wird. Bei 18-19 Aufseher kommen also im Jahre auf den Mann 3 Stallwachen nach vorangegangener Ruhepause, während nach den inoffiziellen Behauptungen auf jeden Aufseher 80 Stallwachen im Jahre kämen. Ein Welt zum Scherzen sollte ich bei Nacht und Tag für unwohr halten, daß, so ich es doch, der Aufseher die ganze Nacht wach sein muß, schlaflos, statt zu wachen, dann wäre es eben keine Stallwache mehr und der Aufseher würde den ihm anvertrauten Dienst eben nicht versehen.

Wenn behauptet wird, daß für die Stallwache nichts bezahlt wird, so bemerke ich, daß ich gerade für meine, im Wochenlohn angestellten sämtlichen Aufseher verschiedene freiwillige Leistungen übernommen habe, indem ich für diese das ganze Jahr hindurch die vollen 12 Monate, auch in Krankheitsfällen die für die Alters- und Invaliditätsversicherung aus meiner Tasche bezahle, die Aufseher also hierzu nicht einen Pfennig zahlen, was bei anderen Firmen nicht immer der Fall ist, da müssen die Leute ihren Anteil dazu geben. Außerdem erhalten die Aufseher von mir vollständig freie Dienstkleidung, Weihnachtsgeschenke und sie nach dem Dienstfall im Krankheitsfälle freiwillige pekuniäre Unterstützung.

3. Es ist ferner unwohr, daß ich Sonntags während der Nachtzeit arbeiten lasse, ich habe im Gegenteil dieses meinen Leuten verboten. Wenn nun tatsächlich einzelne Leute arbeiten, so sind es Aufseher, welche sich ihre Gehälter pügen und die Nachtzeit hierzu eigenmächtig benützen.

4. Was die Anstellung mit täglicher Kündigung anbelangt, so bemerke ich, daß diese hier bei den Fuhrgehilfen ortsüblich ist und liegt eine Ungerechtigkeit gegenüber den Arbeitnehmern insofern nicht vor, als diese, wenigstens bei mir, von demselben Recht Gebrauch machen können.

Daß die Zustände bei mir schließlich nicht gar so schlecht sind, beweist wohl auch der Umstand, daß meine Leute durchschnittlich über 10 Jahre der Mann bei mir in Diensten stehen und daß es zu den Seltenheiten zählt, wenn einer meiner Leute selbst den Dienst aufkündigt.

Schachtungsoll

Joseph Kasler.

Nun fragen wir aber um alles in der Welt, was veranlaßt Herr Kasler?

Beitrag der Behandlung der Arbeiter durch den Schaffer kann man verschiedener Meinung sein. Unsere Gewährsleute und wir mit ihnen, können dieselbe eine humane nicht nennen.

Die Lohnzahlung in der Kneipe wird von Herrn K. nicht bestritten. Weiß Herr K. nicht, daß dies, auch wenn es mit Einwilligung der Arbeiter geschieht, ungesetzlich ist?

Bei Stillierung des Stallwachenstandes ist uns allerdings ein Irrtum unterlaufen. Es stimmt, daß dieser Dienst nur des Nachts zu Sonn- und Feiertagen und durch einen Mann versehen wird. Herr K. irrt aber, wenn er behauptet, daß dem Arbeiter, welcher Stallwache verleiht, ein Ruhepaus gewährt wird. Die Arbeiter selbst haben davon nichts bemerkt. Oder ist dies eine Anordnung, die wohl von der Geschäftsleitung gegeben, von den ausführenden Beamten — wie Schaffer — aber hintertrieben wird?

Zu den übrigen hierzu gemachten Ausführungen des Herrn K. noch ein Wort zu verlieren, erübrigt sich wohl, und überlassen wir dieselben der Beurteilung unserer Leser.

Die von uns kritisierte Sonntagsarbeit will Herr K. verboten haben. Dasselbe findet aber trotzdem statt, wird auch durch S. nicht bestritten. Was die freiwillige Leistung derselben betrifft, ist wohl zur Genüge bekannt. Eine alte Regel ist, wer des Sonntags nicht freiwillig

arbeitet, kann in der Woche unfreiwillig feiern.

Alle weiteren Punkte sind mehr nebensächlicher Natur. Was die Zahlung der Versicherungsbeiträge für die Arbeiter aus der Tasche des Herrn K. betrifft, desgleichen die gerühmten Wohlfahrtsleistungen, Gratifikationen, Unterhaltungen etc., so richten wir an Herrn K. mal die Frage: Durch welchen Arbeitskraft wird der Betrieb überhaupt unterhalten? Sind es nicht die Arbeiter, die ihn erst durch ihre Arbeit dazu in die Lage setzen? Vielleicht ist Herr K. auch noch so freundlich, uns nachstehende Fragen zu beantworten resp. Mitteilungen, die uns gleichfalls übermittelt sind, zu berichten.

1. Warum erhielten die Arbeiter, die noch im November 1905 22 Mk. pro Woche erhielten, Anfang Dezember nur 20 Mk., Mitte Dezember nur 19 Mk., in der Neujahrswoche 16 Mk. und in der letzten Januarwoche 17,50 Mk.?
2. Sind unter denjenigen Leuten, die 10 Jahre und darüber in dem Betriebe beschäftigt sind, Arbeiter?
3. Wieviel Leute können überhaupt auf eine unterbrochene Tätigkeit bei der Firma Jos. Kasler zurückblicken?

Mitteilungen des Zentral-Vorstandes.

Verloren gegangen ist das Mitteilungsbuch Hauptnummer 40 484, dem Kollegen Heinrich Kaufmann, Sangerhausen, gehörend. Falls das Buch vorgezeigt werden sollte, ist es anzuhalten und an den Unterzeichneten einzufinden.

Da ein Teil der Verwaltungen die Abrechnung für das 4. Quartal 1905 noch nicht bemittelt resp. eingeleitet hat, so ersuchen wir die betreffenden Ortsverwaltungen und Revisoren nummehr bringend, das Besäumte sofort nachzuholen. Bei der Einlegung der Abrechnungen müssen auch die Aufwandsrechnungen vom 4. Quartal mit eingeleitet werden, da die Angaben derselben — wie wir schon wiederholt mitteilen — noch als Material zum „Ortskongress“ Verwendung finden sollen.

Ferner teilen wir mit, daß eine größere Zahl von Ortsverwaltungen noch mit der Einlegung des Tätigkeitsberichts vom 3. und 4. Quartal im Rückstande ist; auch die sofortige Einlegung dieser Berichte ist dringend nötig. Dieser Nummer liegt bei ein Zirkular (Nr. 24) wichtige Angaben über den Kongress der Handelshilfsarbeiter bei.

Ferner liegen dieser Nummer bei: 3 Fragebogen betr. a) Beschränkung der Sonntagsarbeit; b) den 6 Uhr-Adressen; c) den 6 Uhr-Wochenschluß.

Ueber die Wichtigkeit der in diesen Bögen enthaltenen Fragen, sowie der Zeit der Retourierung siehe die Anmerkungen im Zirkular Nr. 24.

Eine neue Verwaltungsstelle wurde gegründet am 10. Dezember 1905 in Weener. Vertrauensmann ist G. Antons in Weener.

Das Mitteilungsbuch Haupt-Nr. 29 842, Paul Fischer, Jittau, ist verloren gegangen.

Mit kollegialem Gruß

Der Zentral-Vorstand.

J. A. Oswald Schumann, Berlin SO., Engel-Ufer 21, I.

NB. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. Alle Gelder sind an den Hauptkassierer Kollegen Carl Kasler, Berlin SO., Engel-Ufer 21, I. einzufinden.

Bekanntmachung.

Achtung! Mitgliedschaft Leipzigs!

Wie aus Nr. 2 des „Courier“ ersichtlich, wurde eine ständige Kommission eingesetzt, welche die Geschäfte bzgl. der Sonntagsarbeit zu kontrollieren hat.

Diese Kommission ist zusammen getreten und hat zum Obmann den Kollegen Weigel, wohnhaft L.-Platz 1, Weiskensfeldstr. 47b, 3. Etage I., bestimmt.

Als Stellvertreter fungiert der Kollege Schars, L.-Gindemann, Anstettstr. 47, 4. Etage. Alle Ueber-tretungen der Sonntagsarbeitsbestimmungen sind entweder im Bureau oder bei den betreffenden Kollegen so zeitig zu melden, daß Gelegenheit geboten ist, das Unternehmern um bei Uebertretung der gesetzlichen Bestimmungen zu überführen und zur Anzeige zu bringen.

Nur durch die Unterstützung der gesamten Kollegenschaft wird es der Kommission gelingen, die ihr gewordenen Aufgabe in zufriedenstellender Weise zu lösen und bitten wir dieses beachten zu wollen.

Die Ortsverwaltung.

Sterbetafel des Verbandes.

Gestorben sind:

In Breslau die Kollegen Herrn. Richter und Friedrich Dom.

In Goerlitz der Kollege Max Leopold.

In Fort L. E. der Kollege Christian Donath.

In Görlitz die Kollegen Ernst Pohl und Wihl, Fischer.

In Halle a. S. die Kollegen Kurt Eckstein, Paul Hirsch und Wihl, Ebel.

In Hildesheim der Kollege Karl Temme.

In Leipzig der Kollege Max Grunewald.

In Magdeburg die Kollegen Fern. Döber und Friedrich Jacharias.

Ehre Ihrem Andenken.

Die Ortsverwaltungen.

Verantw. Redakteur u. Verleger: A. Bräse, Rummelsburg. Druck: Maurer u. Dimml, Berlin, Souffler-Ufer 11.

Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Altenburg. Am 14. Januar tagte unsere sehr gut besuchte Generalversammlung. Abrechnung vom 4. Quartal. Rassenbestand vom 8. Quartal. 881,42 Mt. Gesamteinnahme vom 4. Quartal. 1417,60

Summa 2249,02 Mt.
Ausgabe im 4. Quartal. 407,46 Mt.
An die Hauptkassette gesandt. 1089,87
Bleibt ein Bestand von. 781,89
Summa 2249,02 Mt.

Den Jahresbericht von 1905 gab der Kollege Mengel und erläuterte, daß der Verband auch in diesem Jahre viel geleistet hat, was allseitig mit Beifall aufgenommen wurde. Nun folgte die Gesamtvorstandswahl.

Als erster Vorsitzender wurde Kollege Mengel, als zweiter Vorsitzender August Hage gewählt; als erster Kassierer Paul Jähni, Treppengasse 7, als zweiter Kassierer Ernst Köhler; als Schriftführer wiedergewählt R. Döring; als Revisoren Albin Dübner, Arthur Knipfer, Theodor Dübner. Auswahlglieder: Franz Ditz, Ernst Böhmke, Edwin Kaufmann und Albin Fiedler. Kartellbegleiter: Alfred Mengel und August Hage. Beschwerdekommission: Albin Dübner, Arthur Knipfer, Edwin Kaufmann und Jakob Wigel.

Es kamen noch verschiedene innere Angelegenheiten zur Sprache, die glatt erledigt wurden, hierauf schloß Kollege Mengel die Versammlung.

Charlottenburg. Am 14. Januar hielt die hiesige Verwaltungssitzung ihre Generalversammlung ab.

Aus dem Geschäftsbericht ist zu konstatieren, daß das Arbeitsjahr im verfloffenen Jahre ein großes war. Der Verwaltungssitzung besprach eingehend die Tätigkeit der Verwaltung, seit ihrem Bestehen am 1. Oktober. Unter Punkt Differenzen und Lohnbewegungen im Geschäftsbericht befinden sich folgende Firmen: W. Luchmann, Hugo Joste, Vertling, Konsum-Verein Siemens & Halske, Frankfurter, Neumeyer, Siemens & Schuchert.

Wieder weist dann darauf hin, wie oft von unserer Seite der Versuch gemacht worden ist, die Arbeitervereine herüber zu ziehen, bis dato aber vergebens. Alles dieses lehrt uns, unbedingt auf dem Posten zu sein und hauptsächlich auf die Führerbetriebe das Augenmerk zu richten. Darauf gab Kollege Rosenzweig den Rassenbericht, welcher sich folgendermaßen gestaltet:

Einnahme:		
Rassenbestand vom 8. Quartal.	705,75 Mt.	
Eintritte 213 à 1 Mt.	213,—	
Wochenbeiträge 8516 Stk.	8406,40	
226 „ à 20 Pf.	45,20	
5 „ „	1,50	
Extrabeiträge 1794 „	717,60	
76 „ „	16,—	
Beiträge zum zell. Fond 25 „	4,75	
Dublikat 1 Stk. à 20 Pf.	0,20	
Protokoll 14 „	8,50	
Sonstiges 24,40		
Gesamt	6188,80 Mt.	

Ausgabe:		
Krankenunterstützung	15,80 Mt.	
Extraintersubstanz	85,—	
Reiseunterstützung	1,—	
Verwaltungsausgaben:		
Personliches	282,25	
Sächliches	870,77	
Versammlungen	10,20	
Porto und Druckkosten	81,86	
Postbestell	50,80	
Sonstiges	27,50	
Hauptkasse	8628,85	
Rassenbestand	685,27	
Gesamt	6188,80 Mt.	

Rassenbestand 1901 bis 1905:		
1901	85,97 Mt.	
1902	78,80 „	
1903	277,89 „	
1904	582,86 „	
1905	685,27 „	

Mitgliederbestand 1901 bis 1905:		
1901	52 Mitglieder	
1902	78 „	
1903	244 „	
1904	450 „	
1905	900 „	

Bureautätigkeit.		
Eingänge an:		
Briefe	180 Stk.	
Karten	128 „	
Druckkosten	2 „	
Porto	1 „	
Depeschen	1 „	
Gesamt	311 Stk.	

Ausgänge an:		
Briefe	611 Stk.	
Karten	781 „	
Druckkosten	1888 „	
Porto	1 „	
Anweisungen	5 „	
Gesamt	2686 Stk.	

Schriftstücke wurden angefertigt 124 Stk.
Auskunft wurde erteilt an 185 Mitglieder.
Petitionen und Eingaben an Behörden 10 Stk.
Vertretungen vor Gerichte in 2 Fällen.

Versammlungen und Sitzungen fanden statt: Öffentliche Versammlungen 17, Mitgliederversammlungen 14, Betriebsversammlungen 185, Vorstandssitzungen 49, Vertrauensmännerversammlungen 18, Kommissionssitzungen 12, Verhandlungen 4.

Differenzen und Lohnbewegungen hatten wir 8.

Unterstützungen:		
Örtliche Krankenunterstützung	29,90 Mt.	
Risikountersubstanz	8,50 „	
Sterbeunterstützung	88,— „	
Extraintersubstanz	197,— „	
Streikunterstützung	02,— „	

Erfolge durch Eingreifen der Organisation:		
a) Unfälle	17 Fälle	
b) Strafen	14 „	
c) Gewerbeschaden	18 „	
d) Retentionen	9 „	
e) Sonstiges	23 „	

Als erster Vorsitzender wurde Kollege Geber, zweiter Vorsitzender Fr. Bergmann, erster Kassierer bis auf weiteres Rosenzweig, zweiter Kassierer Fr. Hagen, erster Schriftführer Döring, zweiter Schriftführer Groß, Beisitzer: Joh. Weber, Dr. Panet, R. Naumann, Revisoren: R. Horst, H. Goldberg, Scarabie, in die Volkshaus-Kommission Wollentzlin gewählt.

Im Besonderen wurde ein Antrag, den Kollegen Gärtnberg wieder in die Organisation aufzunehmen, angenommen. Ebenfalls wurde ein anderer Antrag, eine Kommission zu wählen, welche verpflichtet wird, noch ausstehende Güter einzufahren, angenommen und wurden hierzu die Kollegen Druschke, Schußelbauer, Mitschka und Engelmann bestimmt.

Chemnitz. Am 14. Januar tagte unsere diesjährige ordentliche Generalversammlung. Den Jahresbericht erstattete der Bevollmächtigte. Derselbe wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß das verfloffene Geschäftsjahr ein zwar ungünstiges, trotzdem aber sehr arbeitsreiches gewesen sei. Veranstaltungen haben 68 stattgefunden und zwar: acht Mitglieder-, drei General- und 15 öffentliche Versammlungen, 18 Vorstandssitzungen und eine Kommissionssitzung, sowie 10 Betriebsbesprechungen, auch mußte ein Schiedsgericht abgehalten werden. Der Weltweit wurde Rechnung getragen durch Abhaltung eines Balles, eines Familienabends, sowie eines Ausfluges. Der Erfolg der öffentlichen Versammlungen, welche hauptsächlich der Agitation galten, war nur ein geringer, indem dieselben trotz der aufwendenden Mühe zum Teil sehr schlecht besucht waren. Am erfolgreichsten waren die Betriebsbesprechungen. In den Mitgliederversammlungen, welche verhältnismäßig am besten besucht waren, wurden teils wissenschaftliche, teils gewerkschaftliche Vorträge gehalten. Gegenwärtig ist eine Petition an die Postbehörde zwecks 7 Uhr Postschluß in Vorbereitung. Eine angenommene Statistik über „was lesen unsere Kollegen“ führte zu einem sehr beachtenden Resultat, indem von den circa 800 ausgegebenen Fragebogen nur 115 wieder eingingen. Von diesen 115 Kollegen lesen nur 51 die Arbeiterzeitung, während die übrigen Kollegen dergleichen Zeitungen lesen. Die Situation der Mitglieder war im verfloffenen Jahre eine sehr große, den 148 Eintritten standen 222 Austritte gegenüber, unter den Austritten befinden sich eine große Zahl, welche wegen Streikverhältnissen gestrichen werden mußten. Mit dem Wunsche, daß das neue Geschäftsjahr ein besseres werden möchte, schloß der Bevollmächtigte seine Ausführungen. Darauf gab Kollege Langrock den Rassenbericht. Danach betrug die Gesamteinnahme 4900,87 Mt., die Gesamtausgabe betrug 4228,80 Mt., so daß sich der Rassenbestand auf 685,91 Mt. erhöhte. An Krankenunterstützung wurde an 18 Kollegen die Summe von 212,50 Mt. für 865 Tage bezahlt. An Arbeitslosenunterstützung erhielten acht Kollegen für 169 Tage 68,48 Mt. Die Diskussion zum Jahresbericht gestaltete sich ziemlich lebhaft. Nachdem der Antrag der Revisoren, dem Kassierer Entlastung zu erteilen, einstimmig angenommen war, erfolgte die Wahl der Ordungsverwaltung. Gewählt wurden folgende Kollegen: Zum ersten Bevollmächtigten P. Haupt, zum zweiten Bevollmächtigten O. Fichter, zum ersten Kassierer W. Langrock, zum zweiten Kassierer E. Beyer, zum Schriftführer W. Geipel, zu Beisitzern G. Wölisch, B. Stiegler, W. Liebers und E. Richter, zu Revisoren R. Preußler, M. Lange und P. Geier.

Nach einem kräftigen Schlusswort des Gauleiters, in welchem er das laiche Verhalten der hiesigen Kollegschaft gelobt, sowie auch die Handlungsweise einiger im Konsumverein beschuldigter Kollegen tabelte, erreichte die gutebete Versammlung ihr Ende.
Hoffen und wünschen wir, daß das kommende Jahr ein erfolgreicheres ist, als das vergangene war, dazu bedarf es aber eifriger Ausdauer in der Agitation und Einigkeit unter einander, wenn sich jeder einzelne Kollege dieses anlegen sein läßt, dann werden wir auch in Chemnitz das erreichen, was bedeutend kleinere Orte schon längst erreicht haben.

Dresden. Eine öffentliche Versammlung der in Warenhäusern beschäftigten Verkäuferinnen, Markthelfer etc. tagte am 18. Januar in den Reichshallen, Waisenstraße. Die Versammlung war einberufen vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen und vom Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter. Über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Handelsangestellten referierte Herr Julian Vorchardt aus Königsberg i. Pr., welcher für seine überaus trefflichen Ausführungen den lebhaftesten Beifall erntete. Über den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Die Entlassungen von organisierten Angestellten bei der Firma Herzfeld“ sprach der Bevollmächtigte. Rechner führte aus, daß Verkäuferinnen gekündigt, und entlassen wurden, die schon über zwei Jahre zur vollen Zufriedenheit gearbeitet haben, ebenso drei Markthelfer. Die die Gründe in den einzelnen Fällen sind mehr als kleinlich. Eine erste Verkäuferin wurde deshalb entlassen, weil sie die „Arbeiterzeitung“ besaß, sich abends nach 10 Uhr zu legen, nachdem sie den ganzen Tag schwer gearbeitet hatte, es war vor Weihnachten. Diese Entlassung wird dadurch erklärlicher und für die Firma G. bezeichnend, wenn man weiß, daß die betr. Verkäuferin 96 Mt. Gehalt bezog und daß die Firma das Bestreben hat, die teuren Arbeitskräfte loszuwerden und sie durch billige zu ersetzen. Bei den Markthelfern liegen die Entlassungsgründe noch trasser. Ein Markthelfer wurde entlassen, der nach 2 1/2-jähriger Tätigkeit den horrenden Lohn von 12 Mt. erhielt. Die anderen zwei Markthelfer bekamen 18 Mt. pro Woche.

Als die Entlassungen nach dem Grunde der Entlassung fragten, wurden sie von Herrn Oppenheim, Mitinhaber der Firma Herzfeld, mit den größten Schimpfmotten belegt, wie Lämmer, Äsel usw. Einem Markthelfer wurde gesagt: „Sie alle, ich schlage Ihnen ein paar hinter die Ohren.“ Zum Schluß sagt der Rechner, heute geht es, zu diesen unerbürten Vorgängen Stellung zu nehmen und dagegen zu protestieren. Wir können nicht zugeben, daß man Angestellte wegen Zugehörigkeit zur Organisation entläßt. Wenn die Firma Herzfeld glaubt, dadurch der Organisation Abbruch tun zu können, sei sie im Fortum, die Angestellten halten treu zur Sache. (Beifall.) In der Debatte teilte Herr Fetsch mit, daß eine Directrice bei den Verkäuferinnen nachforscht, ob sie die „Arbeiterzeitung“ lesen. Zu welchem Zweck: dies geschieht, sei nicht schwer zu erraten. Frau Wegand glaubt, die Firma G. wolle in ihrem Geschäft Ruhe haben. Das tausende Publikum könnte ja bei solchen Mißständen dafür sorgen, daß die Firma Ruhe bekäme, aber in anderer Weise. (Beifall.)

Die undankbare Aufgabe, die Firma zu verteidigen, übernahm deren Kammerherr Herr Benz. Er behandelte die ihm unterstellten Verkäuferinnen sehr gut, es sei aber zu bedenken, daß in einem so großen Betriebe immer etwas vorkomme. Betreffend der Entlassungen konnte Herr B. nichts Wesentliches beibringen. Ein Markthelfer sei entlassen worden, weil er sich Kolonialwaren angeeignet hätte. Zum Schluß gibt er den Organisationen den Rat, sich bei solchen Beschwerden direkt an die Firma zu wenden, und nicht gleich an die Öffentlichkeit zu gehen.

Ebner bepricht die hohen Strafen, die wegen einer Minute Zuspätkommen verhängt werden. In jedem einzelnen Falle 25 Pf.

Eine entlassene Verkäuferin schildert den Grund ihrer Entlassung folgendermaßen: Vor Weihnachten war die Arbeit eine sehr anstrengende. Eines Abends um zehn Uhr hatte sie sich gesetzt um kurz auszuruhen. Auch die ihr unterstellte 16 Jahre alte Verkäuferin hat sie zum Ausruhen aufgefordert. Deshalb die Entlassung. Die gesellschaftlich gewöhnliche Sittlichkeit ist zwar vorhanden, wer sie aber denigt, der liegt.

Mor. Richter widerlegt die Angaben des Herrn Benz. Nicht die jüngeren Markthelfer sollen laut Tarif entlassen werden, sondern die längst Eingestellten.

Gen. Vorchardt kommt nochmals auf seinen Vortrag zurück und sagt, gerade dieser Fall beweise das so viel gezeigene harmonische Verhältnis. Es sprachen noch ein Markthelfer, welcher erklärt, er habe nicht Kolonialwaren genommen, sondern nur eine Dattel öffentlich verzehrt, ferner Frau Dinter, Herr Vornstein und Herr Benz.

Im Schlusswort meint Genosse Bergmann, daß aus den Verhandlungen ungewissheit herorgehe, daß die längsten Entlassungen als Mißbegelungen zu betrachten sind, ebenso wie bei Entlassungen im vorigen Jahre nach der Bewegung der Hausdiener.

Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:
„Die am 18. Januar 1906 in den Reichshallen stattfindende öffentliche Versammlung beschließt nach den Ausführungen des Referenten und eines Vertreters der Firma G. Herzfeld: Die Vertreter der Handlungsgehilfen und die Vertreter der Handels- und Transportarbeiter werden beauftragt, mit der Firma Herzfeld in Verbindung zu treten, um bestehende Mißstände abzustellen und eine Bänderung der harten Bestimmungen der Arbeitsordnung herbeizuführen zu versuchen. Das Ergebnis ist einer später stattfindenden Versammlung bekannt zu machen.“

Freiburg i. B. Am 9. Dezember hatten wir eine öffentliche Versammlung einberufen, in welcher ein Kollege aus Berlin über den „Einfluß der Organisation auf die wirtschaftliche Lage unserer Berufsstände“ referierte. Nachdem wir zu dieser Versammlung häufig agitiert hatten, um unsern Kollegen eine große Zuhörerschaft zu stellen, wurden wir leider getäuscht, denn nicht ein einziger von den nicht organisierten Kollegen war erschienen, nur unsere Mitglieder waren da. Der Referent sprach in 1/2 stündigem Vortrag über die jetzigen Steuerungen der Lebensmittel, Mietpreise und die geringen Löhne und welchen Druck sie auf unsere Kollegen ausüben, daß dieser Sache nur dann entgegen getreten werden kann und wir nur dann bessere Verhältnisse zu erwarten haben, wenn wir uns zusammenschließen zu einem großen Ganzen und gemeinsam vorgehen, denn ein einzelner ist machtlos und nur zusammen sind wir stark.

Die Ausführungen des Referenten ernteten lebhaften Beifall.

Unter „Verständenes“ stellte ein Mitglied den Antrag auf Erhebung eines Widerstandsfondsbeitrages von 25 Pfennig, um unsere Lokalkasse zu stärken. Allein auf Widerspruch unserer kleinen Mitgliederzahl und unserer sehr schwierigen Agitation wurde davon Abstand genommen und dafür der Antrag des Berliner Kollegen, der übertritt in die zweite Beitragsklasse von monatlich 35 Pf., einstimmig angenommen.

Nachdem noch der Referent die Kollegen ermahnt hatte, fest und treu zum Verband zu halten und dafür weiter zu agitieren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Siedersheim. 8. Dezember 1905. Bei den vielen Fuhrleuten, Auslaufern und Wagnern, die hier anässig sind, hätte die erste Transportarbeiterversammlung besser besucht sein können. Der Referent wies auf die Organisationsbestrebungen aller Arbeiterkategorien hin, so auch in neuester Zeit auf die Transportarbeiter. Hauptächlich gelte es die überaus traurigen Zustände, welche in diesem Gewerbe heute noch bestehen, wies auf miferablen Verpflegungs- und Lohnverhältnisse bei den Fuhrleuten hin und empfahl den Anwesenden den Anschluß an die Organisation; nur innerhalb dieser können diese Mißstände abgeändert werden. Ein Beispiel dafür sei der bei Kleinbühl ausgebrochene und schnell beigelegte Konflikt der Milchfahrer. Deshalb müßte auch unter den hiesigen Fuhrleuten die Parole für die Zukunft lauten: Einmütig in den Transportarbeiterverband! Daraufhin hat sich eine ansehnliche Zahl von Fuhrleuten zum Verband gemeldet, so daß eine Zahlstelle gegründet werden konnte. Neuanmeldungen nimmt Glasbierbändler Fr. Reiser, Festsstraße 8, entgegen.

[illegible]

* Hierunter ist auch örtl. Reise-Unterstützung verbucht. +) Hierunter sind auch Parteil.-Sekretariatsbeiträge verbucht. 1) Hierunter sind auch Beiträge für den Streit- und Gemäßigtenfonds verbucht. 2) 82 Extraflauern à 80 Pf. 3) 14 Extraflauern à 80 Pf.

[illegible]

Restanten vom 2. Quartal.

Eberswalde . .	—	2971	—	—	4950	—	—	—	—	—	7921	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	150	—	3976	3595	—	—	7921
Summa	18359	79624	027131	5073620	25110756	133646	614121	278961	244173	127165	71868	11494	145170	2802788	396940	356034	1415	100424	6563141	13484252	9075551	278961						

*) Hierunter ist auch Reise-Unterstützung verbracht. †) Hierunter sind auch Ratell-Secretariatsbeiträge verbracht. †) Hierunter sind auch Beiträge für den Streit- und Gemahrgelien-fonds verbracht. *) 24 Extrasteuern à 80 Pf. 6) 11 Extrabeiträge à 35 Pf. 7) 24 Extrasteuern à 80 Pf.